

SEIT
1946

06/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 142040222 M, Nr. 06/2019



JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

(JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRNICE, CZ)

**Der neue Trend
Rekommunalisierung**
Susanne Halmer

**Der tendenzielle Fall der
Lohnquote in Österreich**
Markus Marterbauer

**Bourdieu für ÖsterreicherInnen
und den Rest der Welt**
Egon Christian Leitner

Der britische Kurz
Ludwig Dvořák

EDITORIAL

ÖVP und FPÖ sind wieder einmal empört: Nicht darüber, was sie und ihre Regierungsmitglieder mutmaßlich angestellt haben, sondern darüber, dass jemand darauf gekommen ist, was Message Control und hunderte öffentlich Bedienstete im Propagandaapparat der Regierung hätten überdecken sollen. Die Ablenkungsstrategie der beiden Parteien und ihrer Fans im heimischen Medienkorps ist offenkundig die größtmögliche Rufschädigung der heimischen Innenpolitik: Sei Postenschacher in Österreich nicht eh normal? Nein, es ist nicht normal, Manager für staatsnahe Betriebe zu bestellen, denen das Personalberatungsunternehmen die Eignung dafür abzusprechen scheint. Noch viel schwerer als der Vorwurf der Postenschacherei wiegt aber der Vorwurf, mit welchen Mitteln der Personaldeal erreicht worden sein soll: Das angeblich versprochene Entgegenkommen bei Lizenzvergaben und der gesetzlichen Regelung des kleinen Glücksspiels in Wien heißt nichts anderes, als den Verkauf aller Spielsüchtigen und jener, die gefährdet sind es zu werden, an die Glücksspielindustrie. Aber ist eine Hausdurchsuchung aufgrund einer anonymen Anzeige nicht unverhältnismäßig? Das werden die Gerichte zu würdigen haben. Aber wer sich darüber empört, dass die Staatsanwaltschaft aufgrund einer anonymen Anzeige zu Straches angeblichen Deals mit der Glücksspielindustrie tätig wird, muss schon eine sehr beachtliche Fähigkeit haben, um zu verdrängen, dass ganz Österreich gesehen hat, wie Strache auch Österreichs Trinkwasser an russische Oligarchennichten zack-zack-zack verkauft hätte, wenn er nur gekonnt hätte.

Berechtigt ist der Groll mancher Freiheitlicher gegen die ÖVP, das schon wieder alle über sie reden, während der Rubel Richtung ÖVP-Zentrale rollt. Der millionenschwere Dauerauftrag von Milliarden wie Heidi Horten und der seltsame zeitliche Zusammenfall von Großspenden und der Erfüllung politischer und personeller Wünsche der Spender durch die Regierung Kurz sind einmalig in der Geschichte der Republik. Sie ermöglichen es, im anlaufenden Wahlkampf, den Widerspruch zuzuspitzen zwischen einer gekauften Politik im Interesse der Wenigen und einer hoffnungsvollen Politik der Vielen, die eine positive Vision für alle verwirklicht.

In dieser Ausgabe steht zunächst ein großer Wirtschaftssektor im Blick, der den wirtschaftlichen Interessen der ÖVP-Großspender dringend entzogen werden muss. **Susanne Halmer** zeichnet nach, wie und warum europaweit der **Trend bei der Daseinsvorsorge** wieder in Richtung **Kommunalisierung** geht.

Markus Marterbauer zeichnet die Entwicklung der **Lohnquote** in Österreich nach, die langfristig trotz zuletzt sehr erfolgreicher Verhandlungsergebnisse der Gewerkschaften zurückgegangen ist.

Stephan Schimanowa skizziert, wie die SPÖ den Schwung der **„Fridays for Future“-Bewegung** für grundlegende politische Veränderung nutzen könnte.

Aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums des Erscheinens von **Pierre Bourdieus Werk „Die feinen Unterschiede“** hat sich Egon Christian Leitner in einer literarischen Rede dem Wirken Bourdieus und seinem Einfluss auf Österreich gewidmet.

Ludwig Dvořák analysiert, wie es zum **Sturz der Regierung Theresa Mays** kam und warum ein **No-Deal-Brexit** kein zufälliger Betriebsunfall, sondern das geplante politische Kalkül des neuen Premierministers Boris Johnson ist.

Thomas Nowotny bespricht schließlich **Mariana Mazzucatos** Buch „Wie kommt der Wert in die Welt“.

Die nächste Ausgabe der ZUKUNFT erscheint wie angekündigt bereits in zwei Wochen. Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



TAKEOVER
STREET ART & SKATEBOARDING
5. Juli bis 1. September 2019
Wien Museum Karlsplatz
1040 Wien, Karlsplatz
Öffnungszeiten: Donnerstag bis Sonntag und Feiertag, 14 bis
22 Uhr, Eintritt frei!

**WIEN MUSEUM, TAKEOVER,
RUIN AN DER FASSADE DES WIEN MUSEUMS**
Foto: René Kufner/SAE Wien
© Wien Museum

6 Der neue Trend Rekommunalisierung

VON SUSANNE HALMER

12 Der tendenzielle Fall der Lohnquote in Österreich

VON MARKUS MARTERBAUER

18 Einen neuen Spirit der Hoffnung

VON STEPHAN SCHIMANOWA

22 Bourdieu für ÖsterreicherInnen und den Rest der Welt

VON EGON CHRISTIAN LEITNER

32 Der britische Kurz

VON LUDWIG DVOŘÁK

40 Wie kommt der Wert in die Welt?

VON THOMAS NOWOTNY

Der neue Trend Rekommunalisierung

Die Kommunen haben genug. Auch die BürgerInnen sind frustriert. Immer öfter nehmen Städte und Gemeinden ehemals privatisierte Dienstleistungen wieder in die eigene Hand. **Susanne Halmer** ist in einer neuen Studie dem neuen Trend zur Rekommunalisierung nachgegangen.

Das Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft hat die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung mit einer Studie zur aktuellen Entwicklung im Bereich des Daseinsvorsorge beauftragt. Damit soll ein faktenbasierter Beitrag zu der oft einseitig geführten Diskussion, wonach die öffentliche Hand stets ein schlechter Wirtschaftler ist und öffentliche Ausgaben als bloße Schuldenmacherei abgetan werden, geleistet werden. Denn die reale Entwicklung hat sich längst von diesem neoliberalen Dogma entfernt.

Großbritannien im Jahr 2000: Bei zahlreichen Zugunfällen sterben 42 Menschen, mehr als 700 werden verletzt. In den Jahren zuvor war die britische Bahn privatisiert worden. Doch die neuen Eigentümer vernachlässigten die Instandhaltung. Das in diesem Fall sogar tödliche Chaos, das private Misswirtschaft hinterlassen hatte, konnte, trotz Eingreifen des Staates, bis heute nicht vollständig aufgearbeitet werden.

Ein besonders verheerendes Beispiel, aber kein Einzelfall von Privatisierungsversagen. Große Probleme zeigten sich in nahezu allen Bereichen der Daseinsvorsorge – Wasser, Energie, Müllabfuhr oder öffentlicher Verkehr –, die aus der öffentlichen Verantwortung an private Unternehmen übertragen wurden. Die Folgen waren fast immer die gleichen: Vernachlässigung der Infrastruktur, steigende Gebühren und Preise, schlechtere Arbeitsbedingungen schlechtere Bezahlung und Kündigung von MitarbeiterInnen.

WIE ES SOWEIT KOMMEN KONNTE

Die Europäische Union verabschiedete Ende der 1990er Jahre die ersten Richtlinien zur Liberalisierung des Strom- und Gasbereichs. Damit wurde dem allgemeinen Zeitgeist entsprochen, der die öffentliche Hand als schlechten Unternehmer brandmarkte, der Leistungen im Vergleich zum privaten Sektor zu teuer und in schlechterer Qualität erbringen würde. Diese auch heute noch von Marktfetischisten gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung hat die Marktliberalisierung in Europa in vielen Bereichen inspiriert und getragen. In weiterer Folge wurden immer mehr Dienstleistungsbereiche liberalisiert und für private Unternehmen eröffnete sich ein profitabler Geschäftszweig.

Verstärkt wurde der Druck zur Privatisierung für Staat und Kommunen auch durch die Maastricht-Kriterien, die das budgetäre Korsett enger schnürten und die öffentliche Hand zum Sparen zwangen.

Die neue Konkurrenz in den ehemaligen Gebietsmonopolen und hoher Investitionsbedarf im Bereich der öffentlichen Infrastruktur haben vor mehr als zwei Jahrzehnten daher einer ganze Reihe von Verkäufen öffentlicher Dienstleistungsunternehmen und Konzessionsvergaben an private Anbieter geführt.

ENTTÄUSCHTE ERWARTUNGEN

Bereits die ersten Erfahrungen mit privatisierten Leistungen führten aber schon zu Beginn des neuen Jahrtausends zu

einem Dämpfer der Liberalisierungs- und Privatisierungseuphorie in Europa. Denn wichtige mit der Liberalisierung verbundene politische Zielsetzungen und Versprechen der Wirtschaft, wie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherheit, die Förderung der Chancengleichheit und die Stärkung der Regionen haben sich in keinster Weise erfüllt.

Entgegen dem wirtschaftspolitischen Theorem der Liberalisierung hat sich die Zahl der Anbieter nur in einigen wenigen Dienstleistungsbereichen erhöht; im Gegenteil, die Marktkonzentration hat insgesamt sogar deutlich zugenommen. Preise und Qualität der Leistungen haben oft nicht gehalten, was die Politik und die neuen Eigentümer versprochen hatten. Zu stark war der Druck der neuen Eigentümer auf das Management, Renditen zu erwirtschaften und den Kaufpreis möglichst rasch zurückzuverdienen. Die damit zusammenhängende Verteuerung der Dienstleistungen, eine Vernachlässigung von Erhaltungsinvestitionen sowie Mängel in der Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität haben zu rasch wachsender Unzufriedenheit der Kommunen und Bevölkerung geführt.

Gerade die Zivilgesellschaft hat in den letzten Jahren einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf Entscheidungen gehabt, wer die Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen soll. Nicht nur die europaweite Initiative *right2water* im Jahr 2014, die sich gegen die Privatisierung des Trinkwassers einsetzte, sondern auch viele lokale Initiativen haben die Politik unter Zugzwang gebracht.

700 REKOMMUNALISIERUNGEN IN EUROPA

Die Kommunen haben auf diese Enttäuschungen reagiert. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wieder rekommunalisiert. Entweder wurde die Leistung bzw. das betreffende Unternehmen nach Ablauf der Konzession wieder selbst übernommen oder die ungenügende Leistung der privaten Unternehmen zwang die Kommunen bereits vor Ablauf der Konzession zu einem meist teuren Rückkauf oder Wiederaufbau.

700 Rekommunalisierungen sind europaweit seit der Jahrtausendwende bekannt. Städte und Gemeinden haben ebenso wie die Metropolen London, Paris, Berlin und Madrid die Chance ergriffen und unterschiedliche Leistungen der Daseinsvorsorge wieder rekommunalisiert.

Im Energiesektor ist der Rekommunalisierungstrend mit 298 Fällen in 8 verschiedenen Ländern bisher am stärksten. 284 davon fanden in Deutschland statt. Durch das Auslaufen von in den 1990er Jahren geschlossenen Konzessionen bot sich den Kommunen die Möglichkeit, die Energieerzeugung wieder in eigene Hand zu nehmen. Deutsche Großstädte wie Hamburg oder Dresden ergriffen die Chancen ebenso wie kleine Kommunen. In anderen europäischen Städten gibt es bisher nur vereinzelte Rekommunalisierungen von Stromunternehmen, da die Stromversorgung häufig überregional organisiert wird.

Im Wassersektor gab es 166 Rekommunalisierungen in 12 Ländern Europas. Die meisten davon erfolgten in Frankreich, wo es eine lange Tradition privater Wasserversorgung gibt. Auch hier haben in den letzten 20 Jahren durch auslaufende Konzessionen die Kommunen, von Paris bis Nizza, aufgrund der Unzufriedenheit mit der privaten Leistungserbringung, diese in öffentliche Verantwortung gebracht. Der private Anteil an der französischen Wasserversorgung ist seit 1970 von 82% auf 61% (2015) zurückgegangen. In Spanien wurden in den letzten Jahren 27 Wasserversorger rekommunalisiert. Auch in Deutschland, wo sich die Wasserversorgung größtenteils in kommunaler Hand befindet, können 17 Fälle von Rekommunalisierung gezählt werden. Ein prominentes Beispiel ist hier die Hauptstadt Berlin.

Im Abfallsektor konnten bisher 26 Rekommunalisierungsfälle in 5 europäischen Ländern gezählt werden, die Hälfte davon in Deutschland. Die anderen Rekommunalisierungen entfallen auf Großbritannien, Frankreich, Spanien und Norwegen.

Weitere 210 Rekommunalisierungen in 20 Ländern gab es in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge wie etwa der Gebäudereinigung, Straßenbeleuchtung, Pflegeheimen oder dem öffentlichen Verkehr. Fast ein Viertel davon im Vereinigten Königreich, wie etwa die U-Bahn in London. Sogar im Mutterland der Privatisierungen ist also ein Umdenken zu beobachten.

BEST PRACTICE: REKOMMUNALISIERUNG DER WASSERVERSORGUNG IN MONTELLIER

→ **Gebührenerkung**

Der private Betreiber Veolia verlangte jahrelang überbezahlte Wasserpreise. Nach der Rückübertragung wurden die Gebühren wie von der Stadt angekündigt um 10 Prozent gesenkt.

→ **Sanierung der Infrastruktur**

Um den Profit zu steigern, vernachlässigte der private Betreiber die Infrastruktur. Nun werden die Investitionen nachgeholt. Bereits kurz nach der Rekommunalisierung wurden 14 Trinkwasserbecken saniert und eine Wasseraufbereitungsanlage für 25 Mio. Euro errichtet.

→ **Starke Zivilgesellschaft**

Dass die Rekommunalisierung in Montpellier gelang, ist auch der BürgerInneninitiative Eau Secours 34 zu verdanken. Sie engagierte sich jahrelang für eine hochwertige und leistbare öffentliche Wasserversorgung.

→ **Demokratische Beteiligung**

Im Jahr 2016 übernahm die Régie des Eaux de la Métropole de Montpellier die Wasserversorgung der Stadt. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats mit 14 gewählten Mitglieder, 4 RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft (einschließlich Eau Secours 34) und einem/r ExpertIn zeigt die partizipative Vorgehensweise dieser Rekommunalisierung.

→ **Nachhaltige Unternehmenspolitik**

Seit der Rekommunalisierung kommen Gewinne nicht mehr AktionärInnen zugute, sondern fließen in die stetige Modernisierung der Wasserversorgung der Stadt. So können die Qualität weiter verbessert und die Gebühren für die Bevölkerung leistbar gehalten werden.

ÖSTERREICH ALS VORZEIGELAND DER ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE

Österreich ist ein Land mit einer starken staatlichen und kommunalen Wirtschaft. Die Privatisierungswelle setzte später und in viel geringerem Ausmaß ein als in anderen europäischen Ländern. Besonders auf kommunaler Ebene sind die meisten Aufgabenbereiche nie privatisiert worden. Die Privatisierungen, die in Österreich in den 1980er und 1990er Jahren stattfanden, betrafen vorwiegend die industriellen Beteiligungen der Republik (zB Voestalpine). Erst in den 2000er Jahren wurden unter der blau-schwarzen Regierung auch andere Sektoren (teil)privatisiert (zB Post, Telekom Austria). Die Energie- und Wasserversorgung, die in anderen Staaten im großen Stil privatisiert wurden, ist hingegen bis heute weitgehend unter der Regie der Länder und Gemeinden. Mehr als 90 Prozent der Wasserversorgung wird in Österreich von kommunalen Anbietern geleistet. Bei der Energieversorgung sind private Unternehmen maximal Minderheitseigentümer.

Deswegen sind die hierzulande 17 gezählten Rekom-

munalisierungen in weniger bedeutenden Bereichen zu verzeichnen. In unterschiedlichen Regionen Österreichs wurden Leistungen in verschiedenen Branchen wie Tourismus (Skilifte), Kultur oder Verkehr (einzelne Buslinien) in die öffentliche Verantwortung rückübertragen.

Als internationales Musterbeispiel der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt im übrigen Wien. Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, öffentlicher Verkehr, Abfallentsorgung, Friedhöfe und Bestattung sind nur einige der öffentlichen Dienstleistungen, die von der Stadt nach wie vor zu 100 Prozent erbracht werden. Auch der soziale Wohnbau wurde (bis auf wenige einzelne alte Wohnhäuser) nie privatisiert. 220.000 Gemeindewohnungen machen „Wiener Wohnen“ nach eigenen Angaben zur „größten kommunalen Hausverwaltung Europas“.

WAS ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN ANDERS MACHEN

Es gibt eine Reihe von Gründen, die für eine Rekommunalisierung sprechen. Denn die Kommunen sind in erster Linie dem Gemeinwohl und nicht Gewinninteressen verpflichtet. Die Leistungen der Daseinsvorsorge sollen zudem allen Menschen in guter Qualität und zu leistbaren Preisen zur Verfügung stehen.

Dafür braucht die Kommune allerdings die Steuerungshoheit über diese Leistungen. Städteigene Betriebe können dann einen wichtigen Beitrag zum allgemeinen Ziel der nachhaltigen Entwicklung leisten. Dabei spielen Aspekte wie Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Leistung sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards eine wichtige Rolle. Wie sehr die Kommunen von diesem zurückgewonnen Gestaltungsspielraum profitieren können und dies zu einem Schneeballeffekt führt, zeigt beispielsweise die deutsche Stadt Bergkamen. Nach guten Erfahrungen mit der Wiedereingliederung der Stromversorgung wurden in der Folge auch Wasserversorgung, Straßenreinigung und Abfallentsorgung in die Verantwortung der Stadt zurückgeholt. Verbunden damit waren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen, Tarifenkungen, erhöhter politischer Gestaltungsspielraum und Investitionen in die ökologische Nachhaltigkeit.

Finanzielle Motive sind eine große Antriebsfeder, privatisierte Leistungen wieder unter Eigenregie zu bringen. Ge-

meinwohlorientierung steht zwar im Widerspruch zum Ziel reiner Profitmaximierung, nicht aber zu verantwortungsvollem betriebswirtschaftlichem und gesellschaftlichem Handeln. Zahlreiche Kommunen haben es durch Verwaltungsreformen geschafft, dass ihre Leistungen nicht teurer sind als die von privaten Anbietern. Kommunale Unternehmen müssen heute den Wettbewerb mit privaten Konkurrenten nicht scheuen und beweisen, dass sie ihre Betriebe wirtschaftlich erfolgreich führen können. Und das auch zum Wohl der KundInnen. Vielfach wurden nach Rekommunalisierungen deutliche Preissenkungen für die KundInnen realisiert. In Dresden schrieb etwa der Energieversorger seit seiner Rekommunalisierung durchwegs schwarze Zahlen. 2017 lag der Gewinn bei 80 Mio. Euro – bei einem Grundtarif für die KundInnen, der unter dem sächsischen Durchschnitt liegt.

Denn gerade im Hinblick auf die Tarifgestaltung haben Privatisierungen ihre Versprechen oft nicht gehalten. Ist die Leistung aber in öffentlicher Hand, können Tarife einfacher auch nach politischen Zielvorgaben gestaltet werden (z.B. Sozialtarife). Preisanstiege bei Betriebskosten sind gerade für einkommensschwache Haushalte eine große Belastung neben oft schon hohen Mietkosten. Ein kommunales Unternehmen hat, im Gegensatz zu einem privaten Unternehmen jedoch das Interesse, dem entgegenzuwirken. So hat etwa der Wasserversorger in der Metropolregion Nizza nach seiner Rückübertragung in öffentliche Hände ein sozial-gestaffeltes Preissystem eingeführt. Die Preise für KleinverbraucherInnen wurden gesenkt, während der Versorger die Preise für Großverbraucher im Gegenzug erhöhte. Der Erlös des Unternehmens konnte dabei stabil gehalten werden, wodurch auch die Versorgungssicherheit weiter gewährleistet ist.

Auch die Qualität der Leistungserbringung ist durch private Anbieter meist nicht gestiegen, sondern hat sich teilweise sogar deutlich verschlechtert. Investitionen in die Infrastruktur (speziell Ersatzinvestitionen) wurden von Privaten immer wieder zugunsten höherer Gewinne vernachlässigt. Das führte z.B. nach der Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn zu signifikanten technischen Problemen und zur wiederkehrenden Entgleisung von Zügen. Im Bereich der Wasserversorgung wiederum stehen schadhafte Leitungen und Rohrbrüche in einem direkten Zusammenhang mit der Einschränkung der Investitionstätigkeit. So haben etwa in Paris die privaten Versorger die Instandhaltung so sehr vernachlässigt, dass es vermehrt zu Versorgungsproblemen gekommen ist. Erst auf Drängen der Stadt wurden Ersatzinvestitionen getätigt, die

Kosten dafür allerdings direkt an die KundInnen weitergegeben, wodurch die Wasserpreise dramatisch anstiegen.

In eigenen Unternehmen können Kommunen als “sozialer Unternehmer“ außerdem prekäre Beschäftigungsformen verhindern und reguläre, fair entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Ebenso können benachteiligte Gruppen (z.B. MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung) in den Arbeitsmarkt integriert werden. In Oslo beispielsweise führte die Privatisierung der Müllentsorgung zu massiven Personalkürzungen und Verstößen gegen die gesetzlichen Höchstarbeitszeiten. ArbeiterInnen mussten bis zu 90 Wochenstunden leisten. Nach der Rekommunalisierung wurde die Anzahl der ArbeiterInnen fast verdoppelt und gesetzliche Arbeitszeiten wurden wieder eingehalten.

Auch umweltpolitische Ziele können durch stadteneigene Betriebe besser umgesetzt werden. Gerade im Energiesektor spielen Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Stadtwerke investieren in Windparks, Solaranlagen und Geothermie aus der Region. Die Energiewende spielte bei vielen Rekommunalisierungen im deutschen Energiesektor eine entscheidende Rolle. So verankerte die Stadt Hamburg im Gründungsmanifest des neuen Stadtwerks Hamburg Energie, die Energieerzeugung unter dem besonderen Aspekt des Umweltschutzes, der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Preisgestaltung zu gewährleisten. 100% des Stroms werden hier nun aus erneuerbaren Energiequellen hergestellt.

CHANCEN UND RISIKEN DER REKOMMUNALISIERUNG

Rekommunalisierung ist allerdings kein Selbstläufer und auch nicht automatisch von Erfolg gekrönt. Sie ist mit den eben erwähnten Chancen, aber auch mit Risiken verbunden. Die erhoffte Vorteile bringt sie nur dann, wenn der Integrationsprozess gut vorbereitet ist und sich die kommunalen EntscheidungsträgerInnen rechtzeitig das notwendige rechtliche, wirtschaftliche und branchenspezifische Knowhow aneignen.

Eine Rekommunalisierung ist oft von Widerständen der bis dato privaten Leistungserbringer verbunden, sei es durch Schadenersatzklagen oder durch hohe Kaufpreisforderungen. Wenn der aktuelle Eigentümer ein internationaler Konzern ist, können zudem Investitionsschutzabkommen ein ernstzunehmendes rechtliches Problem darstellen. Diese Erfahrung

musste z.B. die litauische Hauptstadt Vilnius machen, die ihr Fernwärmenetz rekommunalisierte, nachdem der private Versorger jahrelang unüblich hohe Preise verlangte. Der private Investor zog vor ein Schiedsgericht. Das Verfahren dauert aktuell noch an; der Stadt Vilnius drohen Strafzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe.

Die Kommunen müssen sich auch bewusst sein, dass die Daseinsvorsorge selbst einem Wandel unterworfen. Die Stadtwerke bzw. die kommunalen Unternehmen müssen sich heute, um konkurrenzfähig zu bleiben, neuen Herausforderungen stellen. So wird z.B. die fortschreitende Digitalisierung des Geschäfts und die zunehmende Vernetzung der KonsumentInnen den Charakter der (regionalen) Märkte und der angebotenen Dienstleistungen, sowie das Kundenbeziehungsmanagement deutlich verändern. Dabei entstehen neue Geschäftsfelder, die in Zukunft von den öffentlichen Versorgern – auch in Kooperation mit Privaten – entwickelt werden können und müssen. Auch eine stärkere Verschränkung bestehender Leistungssparten, zumindest marktseitig (Produktbündelungen), ist in den nächsten Jahren zu erwarten. Die kommunalen Unternehmen sind hier der Garant, dass Vorteile und Nutzen neuer Technologien und Produkte letztendlich auch bei den BürgerInnen ankommen.

ZUKUNFTSPROGNOSE: DIE PRIVATWIRTSCHAFT BRAUCHT DIE ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR

Die 700 Beispiele von Rekommunalisierung in Europa zeigen den Wunsch vieler Kommunen nach mehr wirtschaftlichem Einfluss. Dem Rekommunalisierungstrend steht jedoch weiterhin der Liberalisierungs- und Privatisierungstrend entgegen, der durch die großen Konzerne im Bereich der Daseinsvorsorge und der Europäischen Kommission vorangetrieben wird. Die Spielräume in den öffentlichen Haushalten bleiben (u.a. durch den europäischen Stabilitätsmechanismus) weiter eingeschränkt, so dass, PPP-Modelle oft die einzige Möglichkeit sind, wichtige Projekte vor Ort zu finanzieren. Damit bleiben die Türen für Private weiter geöffnet. Gleichzeitig gefährden viel diskutierte internationale Freihandelsabkommen zukünftige Rekommunalisierungsvorhaben.

Übersehen werden darf in dieser Auseinandersetzung ein ganz wichtiger Punkt nicht: öffentliche Infrastruktur ist ein entscheidender Faktor für das Wachstum und den Wohlstand unserer Volkswirtschaften. In Österreich haben kommunale Ausgaben einen Wertschöpfungseffekt von 39 Mrd. Euro in

nur einem Jahr. Und dabei auch noch 460.000 Vollzeit Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Durch öffentliche Investitionen ergibt sich ein doppelter Effekt. Auf der einen Seite stehen die positiven Auswirkungen für die Allgemeinheit, die von den an öffentliche Infrastruktur gebundenen Dienstleistungen (Verkehrsdienstleistungen, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Gesundheitsdienstleistungen, Bildung, u.v.m.) ausgehen und den Menschen in ihrem täglichen Leben direkt Nutzen stiften. Auf der anderen Seite hängen die Leistungsfähigkeit und Produktivität von privaten Unternehmen in entscheidendem Maße von den Bedingungen vor Ort ab. Diese werden durch öffentliche Investitionen und die damit verbundenen Leistungen aber erst geschaffen. Je besser die lokale Infrastruktur in einer Region entwickelt ist, desto attraktiver ist sie für Unternehmen, die sich deshalb an diesem Standort ansiedeln und weitere Unternehmensansiedlungen nach sich ziehen. Wichtig ist zu erkennen, dass öffentliche und private Investitionen Hand in Hand gehen. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur treten nicht, wie oft angenommen, an die Stelle von privaten. Im Gegenteil ziehen öffentliche Investitionen private Investitionen an.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Öffentliche Investitionen schaffen einen enormen, langfristigen, gesellschaftlichen Wert, der über Generationen bestehen bleibt und sie verbessern ganz entscheidend die Lebensqualität der BürgerInnen. Gleichzeitig sind sie notwendige Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Damit geht die Bedeutung öffentlichen Kapitals und der damit verbundenen Dienstleistungen auch weit über unsere bisherigen Vorstellungen von Daseinsvorsorge hinaus. Denn öffentliches Engagement im Bereich Infrastruktur ist eben auch Daseinsvorsorge für die Wirtschaft und ihre Unternehmen. 

Hinweis:

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (in Zusammenarbeit mit dem Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft) Rekommunalisierung in Europa – Fakten, Motive, Beispiele, Februar 2019, 181 Seiten. Download unter: www.politikberatung.or.at

MAG. SUSANNE HALMER, BA

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung und Autorin der Studie *Rekommunalisierung in Europa – Fakten, Motive, Beispiele*

Der tendenzielle Fall der Lohnquote in Österreich

Der Lohnanteil am gesamtwirtschaftlichen Einkommen ist seit seinem Höhepunkt 1978 zunächst leicht, ab Mitte der 1990er-Jahre stark zurückgegangen, bevor er seit Beginn der Finanzkrise wieder stieg. Ausschlaggebend waren neben der konjunkturellen Entwicklung die Arbeitslosigkeit, Internationalisierung und Globalisierung sowie die Finanzkrise. **Markus Marterbauer** geht der Frage nach, welche Schlussfolgerungen für die Verteilungspolitik zu ziehen sind.

Die Lohnquote stellt den Anteil der Löhne am gesamtwirtschaftlich erzielten Einkommen dar. Sie erreichte im Jahr 1978 ihren historischen Höchstwert mit 77,2 % des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten (also dem BIP abzüglich Abschreibungen und Gütersteuern, plus Gütersubventionen). In den darauffolgenden vier Jahrzehnten ist sie um 9 Prozentpunkte gesunken und betrug 2017 noch 68,4 %. Spiegelbildlich ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen gestiegen.

Doch innerhalb dieser vier Jahrzehnte ergaben sich mehrere unterschiedliche Phasen mit recht unterschiedlichen Determinanten der Entwicklung der Lohnquote. Von Ende der 1970er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre sank sie leicht; darauf folgte ein Einbruch bis zu Beginn der Finanzkrise; seit der Finanzkrise steigt sie merklich. Als die vier wichtigsten Bestimmungsgründe der Entwicklung der Lohnquote erwiesen sich: Der Konjunkturzyklus, die Höhe und Veränderung der Arbeitslosigkeit, Internationalisierung und Finanzialisierung sowie die Finanzkrise.

ANTIZYKLISCHER VERLAUF DER LOHNQUOTE

Das Jahr 1978 mit der bislang höchsten Lohnquote war ein Rezessionsjahr („Leistungsbilanzkrise“): Das reale BIP sank um 0,4 %, gleichzeitig gelang es der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit auf Vollbeschäftigungsniveau (2,1 % der unselbstständigen Erwerbspersonen) zu halten. In diesem Jahr zeigte sich die Bedeutung von zwei generell sehr wichtigen Determinanten der Lohnquote.

Zunächst unterliegt die Lohnquote konjunkturellen Schwankungen: In der Rezession brechen Produktivität und Gewinne ein, während die kollektivvertragsbestimmten Lohneinkommen erst mit Verzögerung reagieren. Deshalb steigt die Lohnquote. Dies ist 1978 und 1981 ebenso sichtbar wie 1992/93 und war in der tiefen Rezession 2008/09 besonders ausgeprägt. In der Hochkonjunktur hingegen wachsen die Gewinne kräftig, während der Anstieg der Löhne zurückbleibt, die Lohnquote sinkt.

ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT VERRINGERT LOHNANTEIL

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Nettoinlandsprodukt, weil Arbeitslose kein Arbeitseinkommen mehr beziehen, sondern Sozialtransfers. Dazu kommen zwei noch wichtigere indirekte Wirkungen: Arbeitslosigkeit verringert in der Regel die Macht der Gewerkschaften in den Kollektivvertragsverhandlungen, was eine volle Ausschöpfung des Produktivitätsspielraums verhindert, und erleichtert die Prekarisierung der Arbeitsmärkte durch unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung, Jobunterbrechungen u. a., die die Lohnentwicklung dämpfen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit prägte die Entwicklung der Lohnquote in den 1980er- und 1990er-Jahren: Die Arbeitslosenquote stieg vom Vollbeschäftigungsniveau von 2,4 % der unselbstständigen Erwerbspersonen (1981) auf 5,6 % (1987), bzw. von 5 % (1989) auf 7,2 % (1998). In diesem Zeitraum hat ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt eine Verringerung der Lohnquote um gut einen Prozentpunkt ausgelöst.

VERFALL DER LOHNQUOTE DURCH INTERNATIONALSIERUNG UND FINANZIALISIERUNG

Die tiefgreifende Integration der österreichischen Wirtschaft in den internationalen Handel kam in den letzten Jahrzehnten im starken Anstieg des Exports an der Gesamtnachfrage und den Direktinvestitionen in und aus dem Ausland ebenso zum Ausdruck wie in der Teilnahme an vielen institutionellen Integrationsschritten, allen voran der Ostöffnung seit Beginn der 1990er-Jahre, dem EU-Beitritt 1995 und der Teilnahme an der Währungsunion 1999. Sie war wirtschaftlich etwa in Bezug auf Strukturwandel und Produktivitätsanstieg sehr erfolgreich, auch aufgrund der hilfreichen Rahmenbedingungen seitens des Sozialstaates, aktiver Beschäftigungspolitik und kollektivvertraglicher Lohnpolitik. Dennoch hat das Zusammenspiel aus technischem Fortschritt und Internationalisierung zum Rückgang der Lohnquote beigetragen, indem es einen Anstieg der Kapitalintensität der Produktion und eine Verstärkung der Marktkonzentration mit sich brachte. Die konkrete politische Ausgestaltung der Internationalisierung wie der europäischen Integration folgte meist neoliberalen Vorstellungen, was eine Wirtschaftspolitik zulasten der ArbeitnehmerInnen mit sich brachte. Dies gilt im besonderen Ausmaß für die weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte: Sie brachte eine enorme Intensivierung der finanzwirtschaftlichen Aktivitäten, eine Aufblähung des Finanzsektors und eine markante Ausweitung der Ansprüche des stark konzentrierten Finanzkapitals an das gesamtwirtschaftlich erzielte Einkommen.

Von Mitte der 1990er-Jahre bis zur Finanzkrise ab 2007 prägten zwei Entwicklungen den Verlauf der Lohnquote: Die Abkehr von einer primär beschäftigungsorientierten nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik zugunsten des Beitritts zur wettbewerbsorientierten EU sowie ein enormer Vermögensboom im Zuge der Finanzmarktliberalisierung, der zu einem exorbitanten Anstieg der Einkommen aus Vermögensbesitz beitrug. Die Lohnquote sank innerhalb von nur 13 Jahren von 73 % auf 63 % des Nettoinlandsprodukts).

ANSTIEG IN DER FINANZKRISE

Auf das Jahrzehnt mit dem stärksten Rückgang folgte ein Jahrzehnt mit einem unerwarteten Anstieg der Lohnquote im Zuge der weltweiten Finanzkrise. Dies war kurzfristig das Ergebnis der schweren Rezession: Das reale BIP sank 2009 um 4,8 %, das war der stärkste Rückgang von Produktion und Nachfrage seit 1945. Nettobetriebsüberschuss und Selbstständig-

digeneinkommen brachen 2009 um 11,7 % gegenüber dem Vorjahr ein; dem standen Lohnabschlüsse gegenüber, die im Herbst 2008 auch aufgrund der hohen Inflationsrate des Vorjahres relativ hoch ausfielen (Tariflohnindex +3,4 %, unselbstständige Beschäftigung -0,7 %). Dazu kam mit Verzögerung der Einbruch der Vermögenseinkommen, der zunächst die Dividenden, im Zuge der unkonventionellen Geldpolitik der EZB dann vor allem die Zinseinkommen betraf. Die Lohnquote erhöhte sich 2009 kräftig um 3 Prozentpunkte auf 67,4 %. In den Folgejahren glichen einander widerstreitende Kräfte auf die Lohnquote aus: Flaue Konjunktur und niedrige Zinsen trafen auf steigende Arbeitslosigkeit. Der Konjunkturaufschwung ab 2015 führte bis 2017 nach ersten (möglicherweise zu vorsichtigen) Rechnungen nur zu einem verhaltenen Rückgang der Lohnquote, der sich 2018 fortgesetzt haben dürfte. Die hohen Lohnabschlüsse für 2019 lassen zusammen mit der Abschwächung der Raten des Wirtschaftswachstums einen Anstieg im Jahr 2019 erwarten.

Diesen markanten Anstieg und die darauffolgende Stabilität der Lohnquote in der Finanzkrise teilt Österreich mit Deutschland, Frankreich, Italien und nordeuropäischen Ländern. In einigen noch stärker von der Finanzkrise betroffenen Ländern und institutionell weniger gefestigten Ländern wie etwa Spanien sank die Lohnquote unter anderem aufgrund des drastischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der Zerschlagung von Lohnverhandlungsstrukturen und Sozialstaat markant.

LOHNQUOTE EIN SINNVOLLES MASS?

Die Lohnquote misst den Anteil der Einkommen unselbstständig Erwerbstätiger am Nettoinlandsprodukt. Sie bildet damit nicht exakt die saloppe Trennung zwischen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen ab. Denn auch selbstständig Erwerbstätige leisten Arbeit und beziehen sowohl Arbeits- als auch Kapitaleinkommen, doch die beiden Komponenten des Einkommens sind empirisch schwierig zu trennen.

Relevant ist auch, dass viele bislang unselbstständig erfolgte Tätigkeiten im Zuge der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in selbstständige Erwerbstätigkeit umgewandelt wurden. Das betrifft Scheinselbstständigkeit und darunter auch viele Ein-Personen-Unternehmen. Damit wird die Lohnquote unterschätzt. Allerdings handelt es sich dabei meist um recht geringe Einkommen, was diese Unterschätzung gering ausfallen lässt (Altzinger, Humer, Moser, Sozialbericht 2015-16). Um-

gekehrt fallen an der Spitze der Lohneinkommen Einkommen an, die ökonomisch eher als Kapitaleinkommen zu werten wären. Das spielt in den USA und anderen angelsächsischen Ländern eine herausragende Rolle, wo der Anteil der Einkommen von CEOs und anderen Top-LohneinkommensbezieherInnen seit den 1980er-Jahren drastisch gestiegen ist. In Österreich bezog das oberste Prozent der LohneinkommensbezieherInnen 2017 6,8 % aller Lohneinkommen.

Oft wird gegen die Lohnquote eingewandt, dass in reichen Gesellschaften unselbstständig Erwerbstätige auch Kapitaleinkommen beziehen und eine reine Betrachtung der erzielten Arbeitseinkommen die ökonomische Situation nicht ausreichend würdigt. Dies ist generell eine Frage für die Analyse der personellen Einkommensverteilung. Doch empirische Untersuchungen auf Basis des Household Finance and Consumption Survey kommen zum Schluss, dass Kapitaleinkommen außerordentlich stark auf das oberste Prozent der Haushalte konzentriert sind: Kapitaleinkommen machen für 95 % der Haushalte im Durchschnitt 3,2 % des Haushaltseinkommens aus, beim obersten Prozent beträgt dieser Anteil hingegen 32,5 %.

In der Berechnung der Lohnquote können Verschiebungen zwischen der Zahl der unselbstständig und der selbstständig Erwerbstätigen berücksichtigt werden. In diesem Fall wird eine bereinigte Lohnquote ausgewiesen. Dies war vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren relevant, als sich die Beschäftigung markant von der Landwirtschaft in die Industrie verlagerte und primär aus diesem Grund die unbereinigte Lohnquote kräftig anstieg. Seit Ende der 1970er-Jahre hat dies geringe Bedeutung, zuletzt kam es durch Scheinselbstständigkeit und andere Phänomene zu einer Verschiebung in die andere Richtung.

Die Nettolohnquote berücksichtigt Verschiebungen in der Abgabenlast zulasten der unselbstständig und zugunsten der selbstständig Erwerbstätigen. Dies hatte zur Folge, dass die Nettolohnquote stärker zurückging als die Bruttolohnquote.

Der Lohnanteil kann in Relation zum Nettoinlandsprodukt dargestellt werden oder in Relation zum Nettonationaleinkommen. Der Unterschied in der Höhe der Lohnquote liegt im Zehntelbereich (2017: 68,4 % gegenüber 68,6 %), er liegt in der Berücksichtigung von Arbeitseinkommen, die an „das Ausland“ gehen oder aus dem Ausland kommen. Die hier verwendete Lohnquote gemessen am Nettoinlandspro-

dukt zu Faktorkosten stellt alle Arbeitseinkommen, die in Österreich erzielt werden, in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Einkommen dar.

WÜNSCHENSWERTE HÖHE DER LOHNQUOTE?

Es existiert kein ökonomisch „richtiges“ Niveau der Lohnquote, es gibt allerdings gute wirtschafts- und verteilungspolitische Gründe, einem Anstieg der Lohnquote das Wort zu reden. Wie bei allen Verteilungsfragen ist die Frage, ob die Höhe der Lohnquote angemessen ist, politisch umstritten. Im Rahmen der Konsensorientierung der österreichischen Sozialpartnerschaft wurde eine stabile Lohnquote als Kernelement der kollektivvertraglichen Lohnpolitik akkordiert. Darauf bezog sich auch die sogenannte „Benya-Formel“, die eine Lohnleitlinie darstellt. Steigen die Nominallöhne im Ausmaß der Inflation plus des (mittelfristigen) gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums, dann verändert sich das Verhältnis von Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen über den Konjunkturzyklus betrachtet nicht. Dies impliziert, dass der Anstieg der Löhne auf die Kosten der Unternehmen und damit die Exportnachfrage im gleichen Maß Rücksicht nimmt wie auf die Einkommen der Beschäftigten und damit die Konsumnachfrage.

Die Lohnquote ist in den letzten vier Jahrzehnten markant zurückgegangen, damit hat sich die Einkommensverteilung zulasten der unselbstständig Erwerbstätigen verschoben. Diese Abweichung von der „Benya-Formel“ war überwiegend das Ergebnis steigender Arbeitslosigkeit (die die Verhandlungsmacht bei Kollektivverträgen beeinflusst) und des Anstiegs der Vermögenseinkommen (über die im Rahmen der Kollektivverträge nicht verhandelt wird). In den letzten 20 Jahren wies zudem der Export besonders kräftiges Wachstum auf, während die Konsumnachfrage nur verhalten stieg, was auch in einem strukturellen Überschuss der Leistungsbilanz zum Ausdruck kommt. Deshalb könnte aus makroökonomischen Gründen und um einen Beitrag zur Verbesserung der Einkommensverteilung zu leisten, mittelfristig ein Anstieg der Lohnquote angestrebt werden.

Aus den Überlegungen zu den Ursachen des Rückgangs ergeben sich vier Maßnahmen, um einen Anstieg der Lohnquote zu erreichen:

Vollbeschäftigung und starken Sozialstaat als zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik verankern: Leichte allgemeine Ar-

beitskräfteknappheit und soziale Sicherheit verschieben die Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und stärken ihre Ansprüche an das Inlandsprodukt.

Kollektivvertragliche Lohnpolitik: Ermöglicht eine solidarische Lohnpolitik über Branchen hinweg und dient als makroökonomisches Steuerungsinstrument zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele.

Aktive wirtschafts- und sozialpolitische Gestaltung der Globalisierung: Internationaler Handel auf Basis einer starken Absicherung von Arbeits- und Sozialstandards, fairem Austausch zwischen Industrie- und in Entwicklung befindlichen Ländern sowie gerechter Verteilung der Globalisierungsgewinne kann einen Beitrag zu weltweitem Wohlstand schaffen.

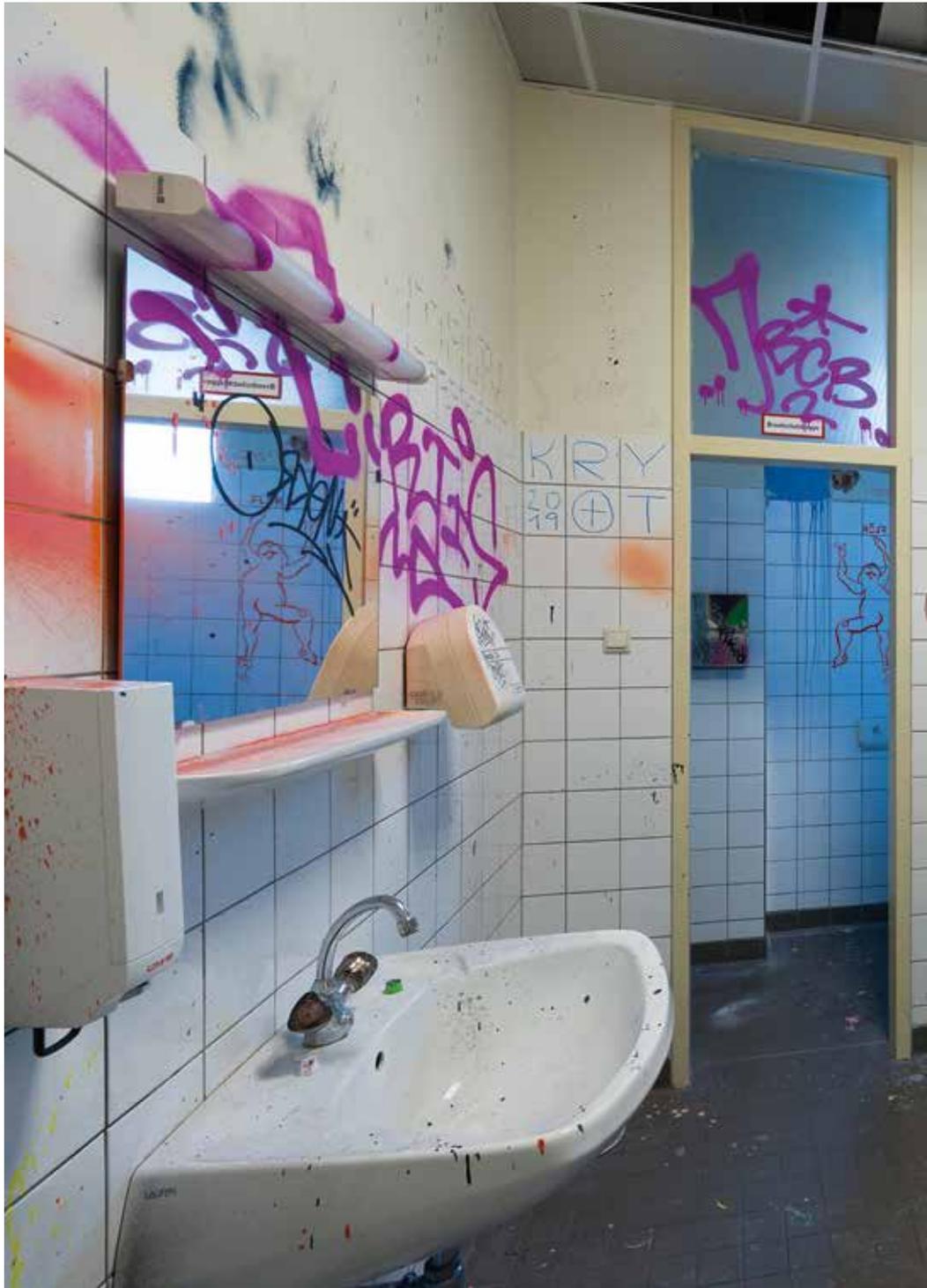
Eindämmung der Finanzmärkte und Zurückdrängung der Finanzeinkommensansprüche: Ein höherer Anteil der Arbeitseinkommen am Inlandsprodukt kann primär bei einer Verringerung des Anteils der Finanzeinkommen erreicht werden. Das verlangt nach strikter Regulierung und Besteuerung des Finanzsektors.

Zusätzlich zum wirtschaftspolitischen Ziel, mittelfristig wieder einen Anstieg der Lohnquote zu erreichen, soll verstärkt über kollektive Formen der Kapitalbeteiligung nachgedacht werden. Sie würden für die arbeitende Bevölkerung einen Anteil an Kapitalbestand und den Kapitalerträgen ermöglichen. 

-
1. Gerhartinger et al 2018, https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/ACo8890876_2018_1/1/LOG_0003/
 2. Marterbauer, Walterskirchen 2003, https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-monatsberichte?detail-view=yes&publikation_id=23507
 3. Altzinger, Humer, Moser, Sozialbericht 2015-2016, <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372>
 4. https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2018_44_3/2018_44_3_0275.pdf
 5. https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2018_44_3/2018_44_3_0275.pdf
 6. http://www.levyinstitute.org/pubs/wp_805.pdf
 7. Humer, Moser, Schnetzer, Ertl, Kilic, Wirtschaft und Gesellschaft 2013, https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/ACo8890876_2013_004/1/LOG_0003/
 8. Chaloupek, Russinger, Zuckerstätter, WuG 2008, https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/ACo8890876_2008_001/1/LOG_0003/
 9. Glocker, Horvath, Mayrhuber, Sozialbericht 2011-12, <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=189>
 10. <https://awblog.at/benya-formel-produktivitaetsorientierte-lohnpolitik/>
 11. <https://awblog.at/sozialpartnerschaftliche-lohnpolitik/ww>

MARKUS MARTERBAUER

ist Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft der Arbeiterkammer Wien. Diesen Beitrag verfasste er ursprünglich für den awblog.at.



WIEN MUSEUM, TAKEOVER
MALR, MALR'S STYLES ÖRTCHEN
Foto: Christoph Schießmann
© Wien Museum

WIEN MUSEUM, TAKEOVER

WIEN MUSEUM



Einen neuen Spirit der Hoffnung

Stephan Schimanowa zeigt in seinem Beitrag auf, was die Sozialdemokratie von den klimastreikenden Jugendlichen lernen kann.

Im Oktober 2017, kurz vor der Nationalratswahl, schreibt Robert Misik in der Serie „Ideen für die Sozialdemokratie“ der Zeitung „Zeit“: „Eine Sozialdemokratie, die sich neu erfinden will, muss eine Botschaft finden, die über das Bestehende hinausgeht. Sie muss den Mut zu Forderungen haben, die auch noch jemanden empören können. Sie braucht einen positiven Spirit der Hoffnung. Sie braucht eine Idee, eine eigene Interpretation der Zukunft (...)“. Fast zwei Jahre später stehen wir unerwartet vor einer Neuwahl des Nationalrats. Eine neue Chance für die Sozialdemokratie in Österreich? Vor mir liegt das Partei-Austrittschreiben eines Freundes und Genossen. „Ich bin nicht mehr davon überzeugt, dass die Partei unsere Welt tendenziell zu einem lebenswerteren Ort für alle macht, dass sie unser Zusammenleben klar positiv beeinflusst. Ich glaube nicht mehr, dass die SPÖ die Gesellschaft positiv gestaltet, Optimismus verbreitet (...)“. Ich bin niedergeschlagen und sprachlos.

OPTIMISMUS UND HOFFNUNG

Europaweit gehen nun schon seit Monaten hunderttausende Jugendliche auf die Straße, um auf die drohende Klimakatastrophe aufmerksam zu machen und die Politik zu einer Veränderung ihrer Klimapolitik zu zwingen. Ich stehe mit meiner 18-jährigen Tochter auf dem Heldenplatz, spüre ihre Begeisterung und sehe ein Leuchten in ihren Augen, das ich so nicht kenne. „Klima vor Profit“, „Fuck the System not the Planet“, „System Change not Climate Change“, „Change the Politics not the Climate“ sind die jugendlichen Demosprüche und zeigen, in welche Richtung der Protest geht. Es geht um etwas wirklich Radikales und Grundsätzliches. Nicht kosmetische Änderungen im politischen Handeln werden gefordert,

sondern der radikale Bruch mit einem krankmachenden System. Wir treffen zufällig unsere Parteivorsitzende umzingelt von jungen Menschen. Sie freuen sich, wollen Selfies und auf ihren Unterarmen eine Unterschrift. Die Begeisterung der Jungen reißt mich mit. Optimismus und Hoffnung ist spürbar.

„WIR SIND LAUT, WEIL IHR UNSERE ZUKUNFT KLAUT!“

„Wir sind Schüler*innen, Lehrlinge, Studierende und (junge) Menschen aus verschiedenen Teilen Österreichs, die nicht mehr zusehen wollen, wie ihre Zukunft verspielt wird. Wir sind eine politische Druckbewegung, (...)“ heißt es auf der Homepage von „Fridays for Future“. Trotz der tausenden streikenden Schüler*innen in ganz Österreich ist Philipp Ikrath vom Institut für Jugendkulturforschung ob des politischen (Protest)Potentials der Bewegung skeptisch. Für ihn handelt es sich bei den Jugendlichen um eine „verhältnismäßig kleine, bürgerliche, postmaterielle Gruppe“, die deshalb erfolgreich ist, da „es für viele Schüler die erste Möglichkeit ist, ihre politische Selbstwirksamkeit zu spüren“. Anders der Befund von Klaus Hurrelmann, Jugendforscher aus Deutschland. „Eine so intensive Form des Protests junger Menschen haben wir seit 50 Jahren nicht erlebt. Dass Jugendliche, die noch nicht einmal volljährig sind, eine solche politische Initiative organisieren, ist historisch neu“, so Hurrelmann. Auffallend ist für den Jugendforscher, „dass wir hier ein Element von zivilem Ungehorsam haben. Man demonstriert nicht in der Freizeit, sondern in der Schulpflichtzeit. Das ist ein bewusster kalkulierter Verstoß gegen bestehende Regeln (...) Sie wollen zeigen: Wir sind zornig, wir lehnen uns auf, wir protestieren“. Auf Grund einer „Anti-ältere-Generationen-

Stimmung“ vermutet er, dass die Klimastreik-Bewegung kein kurzes Aufflackern ist. „Die jungen Leute sagen: Ihr Älteren habt nicht dafür gesorgt, dass alles in der Klimapolitik in Ordnung ist. Ihr habt versagt! Diesen Ton haben wir schon lange nicht mehr gehört. Aus der gewissen Aggressivität schließe ich auch, dass das eine Langzeitbewegung werden könnte“.

EIN RÜCKBLICK - BERKELEY 1964

Am Anfang stand ein Verbot. Büchertische zwecks Mitglieder- und Geldsammlung für die Bürgerrechtsbewegung durften am Uni-Geländer in Berkeley nicht mehr aufgestellt werden. Die Studierenden widersetzen sich dem Verbot. Es wird die Polizei geholt, um einen Büchertisch zu beseitigen. Während diese einen der Student*innen festnehmen wollen, umzingeln Mitstudierende das Polizeiauto und setzen sich. Ein Student springt auf das Dach des Autos und fordert weitere Studierende zur Unterstützung auf. Der Sitzstreik dauerte 32 Stunden. Zuerst waren es wenige, die den Protest unterstützen, später hunderte und am Ende tausende junge Menschen. Der 1. Oktober 1964 gilt heute als der Beginn der 68er Bewegung, die die westliche Welt komplett auf den Kopf gestellt, Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olaf Palme möglich und die Sozialdemokratie für über ein Jahrzehnt zur bestimmenden Reformkraft in Europa und der Welt gemacht hat.

„ES KOMMT DARAUF AN, DAS HOFFEN ZU LERNEN“

„Anstatt den Stand der Klimawissenschaft aufzugreifen, (...), wird ein überaus gleichgültiger Umgang mit Zahlen, technischen und auch gesellschaftlichen Fragen gepflegt: Am Ende soll es dann mal wieder der antikapitalistische ‚Systemwechsel‘ richten. Das ist realitätsfremd“, schreibt Niels-Arne Münch über die Klimabewegung. „Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen“, wäre Ernst Blochs Antwort auf Münchs Kritik an der Forderung des Systemwechsels, denn für den großen Philosophen ist das Fehlen von Utopien und Hoffnungen ein Zeichen für den Niedergang einer Gesellschaft. „Einzig in Zeiten einer niedergehenden alten Gesellschaft, (...), läuft eine gewisse partielle und vergängliche Intention nur abwärts. Dann stellt sich bei denen, die aus dem Niedergang nicht herausfinden, Furcht vor die Hoffnung und gegen sie. Dann gibt sich Furcht als subjektivistische, Nihilismus als objektivistische Maske des Krisenphänomens des erduldeten, aber nicht durchschauten, des beweinten, aber nicht gewendeteten“. Der Trotz, zivile Ungehorsam und die „Anti-ältere-

Generationen-Stimmung“ ist daher das Beste was uns, vor allem auch der Sozialdemokratie passieren kann. Denn hinter diesen Protesten keimt die Hoffnung auf eine andere und bessere Welt.

EIN WIRKSAMES MITTEL GEGEN DIE VERFLUCHTE BEDÜRFNISLOSIGKEIT

„Die Sehnsucht nach Berg und Wald, nach einer Wanderung in Sonne und Freiheit ist ein wirksames Mittel gegen die verfluchte Bedürfnislosigkeit, gegen die schon Lassalle anstürmte“, schreibt Leopold Happisch, einer der Pioniere der Naturfreunde. Das Leben der Arbeiter*innen Ende des 19. Jahrhunderts war absolut trostlos. Die Werkstätten und Fabriken waren finster, stickig und schmutzig. Der 12 Stunden-tag war die Regel. Als einzige Freizeitvergnügen blieben das Wirtshaus und der Alkohol. Die Eroberung der Natur war für die Arbeiter*innen daher Klassenkampf pur und eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, denn Erholung und Freizeit im Grünen waren ausschließlich den Bürgerlichen vorbehalten. So ist gerade der Kampf gegen die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“ einer, der den Klimaschutz unbedingt miteinschließen muss, denn es sind die Schwächsten der Gesellschaft, die die volle Zeche für die verfehlte Klimapolitik zu zahlen haben und sich ihre Lebensqualität nicht kaufen können. Der drohende Klimawandel ist zu einer sozialen Schlüsselfrage geworden.

DIE ZWÄNGE DES PARTEIAPPARATES

Kehren wir zurück zum Anfang, zu Robert Misik und meinem Freund, der der Sozialdemokratie nicht mehr zutraut, „unsere Welt tendenziell zu einem lebenswerteren Ort für alle“ zu machen. Er hält die Partei mittlerweile für nicht reformierbar und kann daher auch nicht mehr an ihren Erfolg glauben. „Aus meiner Sicht muss wohl eine neue Bewegung entstehen, um selbige wieder mit Leben zu füllen und Menschen für die Sozialdemokratie zu gewinnen“, schreibt er. Auch Misik geht mit der Sozialdemokratie hart ins Gericht „Die traditionelle Sozialdemokratie führt (...) einen Abwehr-diskurs. Aber gerade das etabliert Botschaften und eine Rhetorik, die niemanden begeistern können. Eine Jammerlinke wird nicht punkten können“. Doch wer kann der Partei einen Spirit der Hoffnung geben? Muss tatsächlich eine neue Bewegung entstehen? Für viele ist der „Funktionärsgeist“ eines der Hauptprobleme der Sozialdemokratie. „Sie ist auf allen Ebenen von Menschen geprägt, die die Zwänge des Par-

teiparats und die Logik der Verwaltung als zweite Natur verinnerlicht haben“, meint Misik. Für ihn ist eine Erneuerung nur möglich, „wenn politisch Engagierte die Partei bereichern, die von diesem Geist frei sind“.

»EIN STÜCK DES WEGES GEMEINSAM GEHEN«

»Ein Stück des Weges gemeinsam gehen« war die Einladung Bruno Kreiskys an Menschen, die bereit waren, Veränderungen gemeinsam mit der Sozialdemokratie umzusetzen, ohne dabei Mitglied der Partei zu werden. Es war die Vorwegnahme des Konzepts einer offenen Bewegung für gesellschaftspolitische Veränderungen, die es gerade heute dringend braucht. Nicht der Geist des Apparats sollte uns einen, sondern die gemeinsame Vision und Hoffnung auf eine neue und bessere Welt. Und genau hier müsste eine ehrlich gemeinte Einladung an die klimastreikenden Jugendlichen erfolgen. „Redet mit uns, wir hören zu, denn wir wollen von euch lernen“. Das Zuhören muss in dem Bewusstsein passieren, das es nicht um die Vereinnahmung der Jugendlichen geht, sondern um die Chance einer Visionszufuhr, die die Sozialdemokratie dringen braucht. Es sind die hunderttausenden Schüler*innen die seit Monaten auf die Straße gehen und ihre Visionen, die der Sozialdemokratie einen neuen Spirit der Hoffnung geben können. 

Literatur:

- Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung; Erster Band; Frankfurt a. M., 1959
Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung: Deutschland, Westeuropa, USA; München 2005
Paul Nitnaus, Michael Zink: Sport ist unser Leben. 100 Jahre Arbeitersport in Österreich; Wien 1992
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/sozialdemokratie-spd-wahlniederlage-wandel>
<https://www.fridaysforfuture.at/about>
<https://kurier.at/politik/inland/fridays-for-future-tausende-trotz-verbots-bei-schuelerstreiks/400437178>
<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/klaus-hurrelmann-einen-so-heftigen-protest-haben-wir-seit-50-jahren-nicht-erlebt/24130642.html>
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/klaus-hurrelmann-zu-fridays-for-future-und-den-greta-effekt-100.html>

STEPHAN SCHIMANOWA

ist Stv. Geschäftsführer eines Vereins der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Wien, Lektor und Vortragender der FH Eisenstadt und der Donau Universität Krems und Stadtrat für Kultur in Mödling

WIEN MUSEUM, TAKEOVER

WIEN MUSEUM



WIEN MUSEUM, TAKEOVER
MURAL VON PERK_UP UND RUIN
Foto: Christoph Schießmann
© Wien Museum

Bourdieu für ÖsterreicherInnen und den Rest der Welt

Das 40-jährige Jubiläum des Erscheinens von Pierre Bourdieus Werk „Die feinen Unterschiede“ nahm die Arbeiterkammer Wien zum Anlass, um mit einer Tagung an das Werk Bourdieus zu erinnern und seine kritisch-reflexive Gesellschaftsanalyse einer breiteren Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. Die ZUKUNFT veröffentlicht die literarische Rede, die der Bourdieu-Kenner und Schriftsteller **Egon Christian Leitner** bei dieser Veranstaltung gehalten hat.

Sofort springen Frösche, wenn man sie ins kochende Wasser wirft, wieder heraus aus dem Wasser. Aber wenn man ihnen, heißt's, das Wasser peu à peu erhitzt und die Grade auf der Skala langsam, langsam nur, langsam ansteigen lässt, lassen die Frösche sich allesamt problem- und widerstandslos kochen. Dabei steigen die Frösche die Froschleiter immer höher hinauf und zum Schluss eben sind sie gar (Mehr war nicht, mehr ist nicht). Inhalt und Handlung von Bourdieus Die Feinen Unterschiede sind einmal so ausgelegt worden. Österreichisch. Als Analyse des langsamen Einkochtwerdens. Sohin als Beschreibung und Erklärung dessen, was dazu bringt, die Leiter hinaufzuwollen und -zukommen, sozusagen sich hinaufzuretten, anstatt dem Kesseltreiben schnell und ohne Zögern zu entfleuchen. Also sich herauszuretten.

Ebenfalls auf Österreichisch wurden Bourdieus Überlegungen zu Herrschaft, Macht und Gegenmacht allesamt einmal wie folgt kommentiert: Es gehe unter Erwachsenen durchaus zu wie in Schulklassen. Mitunter hole da dann eben der Lehrer den störendsten Störenfried oder die aufrührerischste Aufrührerin zu sich heraus oder herauf und sage zum Störenfried oder zur Aufrührerin, er/sie soll die Klasse übernehmen. Jetzt. Die Verantwortung also oder was auch immer. Die Macht halt. Und da dann steht oder sitzt der Störenfried oder die Aufrührerin der Klasse, der Masse perplex gegen-

über und wisse preisgegeben, isoliert und ausgeliefert nicht, was tun. Die gegenwärtige linke Parteipolitik und die gegenwärtigen linken Protestbewegungen seien so: Wenn ein kleiner frecher Empörer, eine kleine muntere Empölerin von unten und draußen in eine gewisse Machtposition komme, wisse er oder sie eben nicht, was tun, und tue dort dann alles in allem dasselbe wie alle anderen dort sonst auch. Und Bourdieus Kunstsoziologie, die, die wurde auf Österreichisch einmal mit der simplen Frage quittiert, ob Bourdieu die Dirigenten als unnötig abschaffen wolle.

Der stets provokante, zuvorderst an Karl Kraus, Till Eulenspiegel, Joseph Hellers Militär-, Wirtschafts- und Gesellschaftssatire Catch 22, an Erving Goffman, Robert Merton, am common sense, Pragmatismus und an Kohorten von Paradoxien, Aporien und Anomien geschulte und gewitzte Sozialwissenschaftler, der die Frage nach der Abschaffung des Dirigenten gestellt hat und von dem auch der Vergleich mit den Fröschen stammt sowie der mit den reüssierenden Klassenkasperln, zuerst kecken, dann schockierten, dann braven, hieß Hans Georg Zilian. Verstorben 2005. Grazer. Bekanntlich spezialisiert auf die Arbeitswelt. Auch auf die von Hilfseinrichtungen. Diese hat er vorm Looping und Unterleben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewarnt. Die Begriffe „Looping“ und „Unterleben“ stammen von Goffman und bedeuten in etwa Doublebind, Burnout und Ab-

sturzexistenz, nämlich dass die Belegschaft, das Personal, der Einzelne, die Jeweilige unlösbare Aufgaben aufgetragen bekommt und dann für die Fehler der Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen wird. Mit allen Konsequenzen und infolge von obrigkeitlichem Organisationsversagen. Für die Ausbildung der steirischen Sozialarbeiterschaft war Zilian übrigens auch mitzuständig.

Als Franz Schultheis, der Herausgeber der deutschen Fassung von *La Misère du Monde* und damals Vizepräsident von Bourdieus *Raisons d'agir* im Frühherbst 2000 durchaus auch in Vorbereitung von Bourdieus späterem Auftritt in Wien nach Graz kam, wurde er in der Diskussion vom Moderator Zilian gleich eingangs gefragt, wie das Bourdieusche Vorhaben einer europaweiten sozialen Sammelbewegung in Österreich denn überhaupt gelingen können solle. Denn: 1. trafen die französischen BourdieuanerInnen in Österreich ja auf alternativ-soziale Gruppen, die ihre Einzelinteressen massiv und egoistisch anderen, konkurrierenden Gruppierungen gegenüber durchzusetzen gewohnt und willens seien. 2. trafen die französischen BourdieuanerInnen ja lediglich aufs andere Österreich, aufs andere Wien, aufs andere Graz, also auf ohnehin alternativ gesinnte Minderheiten, die mit der Mehrheit nur schwer kommunizieren können, keine breite Öffentlichkeit finden und sich nicht bei der Mehrheit durchzusetzen vermögen. 3. Widerstand müsse sich immer irgendwie rentieren, sonst komme er nicht wirklich zustande. Wirklich Widerstand leisten können nur diejenigen, die es sich leisten können – oder nichts zu verlieren haben.

Zilians prophylaktische Grazer Fragen trafen in der Tat die Grundanliegen Bourdieus und stellten massiv in Frage, dass Bourdieus unerlässliche, unverzichtbare, unaufschiebbare Grundanliegen wirklich realisierbar seien, nämlich 1. Kooperieren, Vertrauen und Verständnis statt Konkurrenz und Destruktion, 2. Auswege kreierende gegenseitige Hilfestellung von unabhängigen WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen einerseits, NGOs, Hilfseinrichtungen, Menschen in helfenden Berufen andererseits, 3. eine europäische Sozialcharta, europäische Sozialbewegung samt etwaigem europäischem Volksbegehren, etwaiger europäischer Volksabstimmung zu Wege bringen.

Zilians Aporien benannten den üblichen, banalen, läppischen, alltäglichen Konkurrenzkampf. Innen wie außen. Den materiellen; personellen. Zwischenmenschlichen sowieso. Positionellen. Systematischen und strukturellen auch sowieso. Finanziellen z.B. Was denn sonst!

Zilian schockierte die sogenannte Zivilgesellschaft gewohnheitsmäßig und man kam auch Bourdieuanerseits nicht wirklich zurande mit ihm. Nichtsdestoweniger war er vom österreichischen Sozialstaatsvolksbegehren des Jahres 2002 beeindruckt und insbesondere auch von der Wahlverwandtschaft des Sozialstaatsvolksbegehrens mit Bourdieus Vorhaben. Just der ansonsten stets skeptische, desillusionierende Beobachter Zilian hat 2002 öffentlich darauf gewettet, das unter anderem vom Arzt Werner Vogt, dem Ökonomen Stephan Schulmeister und der legendären Frauenministerin Johanna Dohnal initiierte Sozialstaatsvolksbegehren werde 1½ Millionen Unterschriften bekommen. Denn die Österreicher seien sehr sozial, wenn man sie es nur sein lasse; sie nicht gegeneinander hetze, sie nicht gegeneinander ausspiele und sie nicht ständig halb und falsch informiere. Völlig falsch auch sei es zu glauben, der Sozialstaat sei nur für die Randgruppen da. Vielmehr müsse man im Werben für das Sozialstaatsvolksbegehren klarmachen, dass der Sozialstaat die Masse der Bevölkerung, die absolute Mehrheit, versorge. Darum gehe es, wolle man das Potential von 1½ Millionen Unterzeichnenden ausschöpfen. Um die verlässliche, schützende, rettende, bewahrende Hilfe in und vor belastenden, bedrückenden, bedrohlichen, vernichtenden Lebenssituationen gehe es. Die Menschen verstehen allesamt sehr wohl, worum es geht, meinte Zilian. Um Leib und Leben gehe es. Um sie selber gehe es, um ihr Leben und um das ihrer Lieben. Jeder Mensch verstehe das. Jeder.

Was Zilian, der ja stets in den verschiedensten sich ihm bietenden öffentlichen Situationen den Unterschied – sozusagen den jeweils feinen Unterschied – zwischen Ethik, Etikette und Etikettenschwindel ins öffentliche Bewusstsein zu heben getrachtet hat, am Bourdieuanum neben dessen Affinität zum österreichischen Sozialstaatsvolksbegehren dermaßen gefallen hat, war der Rat Pierre Bourdieus für den Umgang mit jedweden machthabenden Eliten. Besagter Bourdieusche Rat lautet bekanntlich, dass man unbefangen, uneingeschüchtert und wahrheitsgemäß doch ja stets aufschreien solle wie das Kind in Andersens Märchen vom dummen, narzisstischen Machthaber mit den neuen Kleidern.

In seiner Jugend hat Zilian übrigens an einem Roman über das Fußballspielen geschrieben und auch noch kurz vor seinem unerwarteten Tod hatte er ein Forschungsprojekt im Sinne übers Fußballspielen da hier. Von wem alles und wodurch alles der österreichische Fußball ganz offensichtlich kaputtgemacht wird. Und vor allem was dagegen getan werden kann. Für diese Studie zum Zwecke des Gedeihens, Aufblü-

hens, des österreichischen Fußballs suchte Zilian sowohl nach interessierten Geldgebern als auch unter anderem nach Leuten, die sich in Bourdieus soziologischem Werkzeugkasten ausreichend auskennen. Mit all den Feldanalysen Bourdieus also. Wie man diese gebrauchen könnte für die hiesigen Fußballfelder. Der Zustand des österreichischen Fußballs als Folge, Symptom, Spiegelbild der österreichischen Gegenwartsgeellschaft. Das war in etwa das Vorhaben.

Übrigens auch fand da hier in der Arbeiterkammer Wien wenige Tage vor Bourdieus Tod eine Veranstaltung zu den neuen Technologien und Arbeitsformen in der zunehmend durchdigitalisierten Welt statt. Zilian wetterte da, Jänner 2002 wie gesagt, erschrocken gegen die Zulassung der bis dahin in Deutschland (und ich glaube auch in Österreich) verbotenen Hedgefonds. Erschrocken auch gegen das sozialhalluzinatorische ewige Du der Handys samt Internet. Und gegen die werbepsychologische, in den politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen und gerade auch bei den Zukunfts- und Trendforschern übliche, plötzlich allgegenwärtige, ständige Praxis des polyperversen, vorgeblich freien und vorgeblich befreienden Denkens, nämlich des in einem fort umgekehrt Denkens, Wegwerfdenkens, dessen weltweit wirkmächtiger Erfinder just ein Österreicher war. Berühmter Psychologe. Politikerberater. Der Begriff der Wegwerfgesellschaft wurde einstens geprägt, um besagtem österreichischem Psychologen das Handwerk zu legen. Vergeblich, versteht sich. Auch Bourdieu hat in Den feinen Unterschieden gegen besagten Österreicher Stellung bezogen. Auch vergeblich. Besagter Psychologe hatte auch die Idee, im Weltraum Altersheime, Altenstationen zu bauen. Die Alten sozusagen auf den Mond zu schießen. Allen Ernstes. Zilian war entsetzt. Zutiefst erschrocken. Des weiteren wetterte Zilian – ebenso wie sattsam bekannt Pierre Bourdieu das in seinen Gegenfeuern tat – gegen die neoliberale mit etlichen Nobelpreisen ausgezeichnete Ökonomie der Chicagoboyes, die juristisch und de facto das Verursacherprinzip außer Kraft setzen, nämlich absurderweise die Geschädigten sowohl für den tatsächlich bereits erlittenen Schaden als auch für die künftige Schadensprävention aufkommen lassen wollen. Gerade so, wie's bei der Mafia zugeht. Schutzgeldartig.

Wie auch immer, ich getraue mich jedenfalls zu wetten, sehr verehrte Damen und Herren, dass es österreichweit am Anfang dieses Jahrtausends nicht sonderlich viele Veranstaltungen gab, die annähernd so umsichtig, vorausschauend, lebhaft und vehement waren. Nicht zuletzt dank des forschenden

Sozialforschers Hans Georg Zilian. Sie werden ihn namentlich, sehr verehrte Damen und Herren, jedoch weder im Bourdieu-Handbuch noch im jüngsten Resümee der Bourdieustiftung genannt finden. Verständlicherweise. Denn er hat sich nicht zugesellt. War selber schnell von Begriff und selber Jemand. Im rechtzeitigen Sozialstaatsvolksbegehren freilich, österreichischen, bourdieuartigen, sah der distanzierte permanente Desillusionierer Zilian wie gesagt das realistischste, handhabbarste, rechtzeitigste, wirksamste Gegenmittel gegen all das, was da kommen werde an Mafia und Halluzination.

Ich gestatte mir, Ihnen, geschätzte Damen und Herren, auch in dem folgenden noch verbleibenden bisschen Überrest an Zeit, weiter von ein paar österreichischen Menschenkindern mehr zu berichten, die allesamt nicht im Handbuch stehen. Ich tue das, damit Sie, werte Damen und Herren, sehen, dass Sie das Rad vielleicht gar nicht neu erfinden müssten. Heute und morgen z.B., Sie bräuchten es nur in Gang zu setzen. Es wäre, kommt mir halt vor, alles da, was Sie hier und jetzt brauchen, anno 2019 folgende. Bloß es endlich wirklich in Gebrauch zu nehmen wäre vonnöten. Sollten Sie allerdings verärgert meinen, ich verfehle die Themen Ihrer Tagung und vergeude unverschämterweise Ihre kostbare Zeit mit Brimborium, Dekoration und Antiquitäten, darf ich Sie, verehrte Damen und Herren, beruhigen. Mit Bourdieu hat das, wovon ich Ihnen auch im Folgenden Bericht geben werde, sehr wohl wesentlich zu tun; substantiell sozusagen; desgleichen mit der Tätigkeit von Bourdieus Raisons d'agir in Österreich vom Jahr 2000 an bis dato. Mit den Reaktionen und

RESONANZEN AUF DIESE TÄTIGKEIT.

Beispiel 1: Der Pannwitzblick, der Blick des Dr. Pannwitz: Primo Levi, der diesen Blick Überlebende, hat davon Bericht gegeben: Wie der Dr. Pannwitz sich immer die Menschen anschaut. Ob der da oder der da oder ob die da oder die da etwas wert ist und jetzt dann im Betrieb des Direktor Dr. Pannwitz arbeiten wird oder nicht. Dr. Pannwitz entscheidet rational und sachlich, sowohl nämlich als Arzt als auch als Ökonom und als Techniker. Ganz schnell fällt Dr. Pannwitz diese Entscheidung. Routiniert, professionell. Mit einem Blick alles. Bis auf weiteres Arbeit und Leben sodann, oder alles aus und vorbei. Entweder Hilfe und Rettung jetzt oder jetzt, feststehend, der Tod. Auschwitz, Auschwitz natürlich. Wo sonst? Antwort: überall. Der deutsche Sozialpsychiater Dörner, in seiner Kindheit und Jugend selber naziartig, hat den Pannwitzblick als Schlüssel für das weitergehende Alltagsgeschehen

in den Demokratien nach 1945 bis heute hier und jetzt begriffen und benannt. Wie man z.B. Jugendliche sich anschaut und die Kinder bereits schon und die Minderheiten sowieso immer. All die Minderwertigkeit eben überall, auf die richtet sich der Blick des Dr. Pannwitz. Auf all die vermeintlich Minderwertigen überall. Der entscheidende Blick. Hier und jetzt. In der Politik und in der Verwaltung. Und in der Wirtschaft. Und in der Ausbildung. Und beim Helfen eben auch. In den helfenden Berufen. Der Blick des Dr. Pannwitz. Als Gegenmittel gegen besagten ganz selbstverständlichen Dr. Pannwitzblick hat besagter Sozialpsychiater Dörner eine Ethik der Visage, des Gesichts, des Antlitzes sich erarbeitet und zu eigen gemacht und unter die Leute zu bringen versucht. Therapeutisch und politisch. Das Gesicht könne nicht geschändet und nicht zerstört werden. Dem Gesicht könne keine Gewalt angetan werden, das Wichtigste gegen die Gewalt sei immer das Gesicht. Besagte therapeutische und politische Ethik, die der Sozialpsychiater Dörner permanent zu praktizieren sich bemüht hat, ist nicht leicht zu verstehen. Eigentlich gar nicht. Wirkt völlig absurd. Kommt freilich und bekanntlich von jemandem her, der den Faschismus überlebt hat, seine gesamte Herkunftsfamilie verloren hat durch die Nazis. Von Emmanuel Levinas, für viele der bedeutendste Ethiker des 20. Jahrhunderts. Von diesem hat Dörner gelernt, was los ist und was dagegen zu tun.

Der Österreicher Rolf Schwendter nun wiederum, der Devianzforscher Schwendter, selber durch und durch deviant, immer gerettet durch Zufall, 3 Doktorate und eine Professur, Freundschaften, Glück, Frau, Kind, Enkelkind, hat mit dem Sozialpsychiater Dörner viel zusammen gearbeitet. Für Schwendter nun waren Die Feinen Unterschiede Bourdieus die Auseinandersetzung Bourdieus mit dem Blick des Dr. Pannwitz. Die Analyse nämlich der allgegenwärtigen Blicke zwischen Menschen, sowohl von oben nach unten als auch untereinander. Wie das ist, wenn die Menschen ganz automatisch so schauen wie dieser jener Pannwitz. Täglich, davon handle besagtes Bourdieu-Werk, meinte Schwendter, tun die das und ganz selbstverständlich, z.B. der jeweiligen Rentabilität wegen. Als Kind hat er oft von Flugzeugangriffen geträumt aus dem Nebel heraus auf Brücken in der Nacht im Krieg. Das Lesen hat er sich mit 3, 4 Jahren selber beigebracht, indem er Litfaßsäulen entzifferte. Seine Eltern waren sehr einfache, zerbrechliche Leute. 1968 wäre er fast zugrunde gegangen. Es war eines der anstrengendsten und bedrohlichsten Jahre seines Lebens, er hatte kein Geld, keine Unterkunft, nichts zu essen, keinerlei Schutz oder Sicherheit, war schwer abhängig

und sich gewiss, verloren zu sein. Aber dann hat er, auf Anregung Rudi Dutschkes hin, die Gegengesellschaften erforscht, die Gegenmilieus, sozusagen die Gegenökonomien, die Gegenuniversitäten, die Gegenkulturen, die Gegeneliten, die Gegenöffentlichkeit und ihre Gegenmedien. Hat immer alles gesammelt, was es gab und sich tat. Die Subkulturen und ihre Hoffnungen. Zeit seines Lebens ist Schwendter stets schutzlos im Regen gegangen, als junger Mensch stundenlang darin gelegen. Z.B. dafür ist er bekannt gewesen, für sein Gehen im Regen. Schutzlos und stoisch zugleich. Stoisch schutzlos. Übrigens kommen die Begriffe Vernetzen, Netzwerke im Deutschen von Rolf Schwendter her und der Dichter Erich Fried, der Gewaltforscher Galtung, der Zukunftsforscher Robert Jungk, der Sexualforscher Borneman waren wirkliche Freunde von Schwendter. Joseph Beuys und Schwendter waren auch wirklich befreundet. Auch war just der seltsame Schwendter oft Vertrauens- und Verbindungsmann in und zwischen Gruppen. Die Sozialbewegungen würden sich alle viel leichter tun und viel mehr zustande bringen, würden die Leute darin einander mehr mögen, pflegte er unter die jeweiligen Leute zu bringen. Das wäre die Lösung. Das Konkurrenzprinzip müsse wo nur irgend möglich außer Kraft gesetzt werden. Wenn sich jemand über diese Ansicht lustig machte, nämlich wie das gehen solle, sagte Schwendter: Jeder sollte sich 15 Minuten lang alleine überlegen, wen er warum nicht mag, und dann soll offen und gemeinsam darüber geredet werden. Immer gemeinsam darüber reden jeweils sei das Wichtigste. Dass Pierre Bourdieu das Konkurrenzprinzip wie und wo nur möglich außer Kraft zu setzen riet und sich mühte, genauso wie eben auch Schwendter das sagte, gefiel Letzterem außerordentlich. Theatermensch, Dichter und Sänger war er bekanntermaßen auch. Seine Kindertrommel freilich nur konnte er spielen. Die reichte aber bekanntlich vollauf. Als Anfang 2000 Bourdieu für Wien angesagt war, nicht kam, in Abwesenheit die Halle dennoch füllte und damals in einer berühmt gewordenen kurzen Rede Österreich per Video zum Vorreiter im europa- und weltweiten Kampf gegen den Neofaschismus und den Neoliberalismus erklärte, war Schwendter einer der vortragenden Redner auf der österreichischen Seite. Übrigens: Wie wichtig für Bourdieus Ökonomie- und Ethnologieverständnis der – jüngst hier in Wien in der AK wiederentdeckte – österreichische Ökonom Karl Polanyi von Anfang an und immer war, hat Rolf Schwendter damals, anno 2000, sei es gewusst, sei es trefflich erraten. Gestimmt hat es jedenfalls. Und später dann einmal überlegte er sich, was Bourdieu mit Galtung, mit Gramsci, Ivan Illich, Erich Fromm und Adorno zu tun haben könnte, mit Paul

Feyerabend, mit Bloch, mit Paolo Freire, mit Foucault sowie so, mit Frantz Fanon, mit Rosa Luxemburg und so weiter und so fort. Schwendter arbeitete im Geiste erklärtermaßen an einer Art einfachem Alternativlehrbuch voll der Alternativdenker und Alternativdenkerinnen. Denn die werden ja in den Mittelschulen allesamt nicht unterrichtet, in keinem Fach stehen die auf dem Lehrplan, an den Unis ja auch nicht wirklich. Und die Alternativdenker und Alternativdenkerinnen des 20. Jahrhunderts irgendwie verbinden auch mit Bourdieu wollte er. Die Alternativdenkerinnen und die Alternativdenker verbinden mit Ideen und Praxeologien von Bourdieu. Und die mit dem Alternativnobelpreis Ausgezeichneten auch. So etwas also hatte er vor, der Rolf Schwendter, ein einfaches AlternativdenkerInnenlehrbuch für Schulen aller Art und zwar just gegen das, was Bourdieu Klassenrassismus und Rassismus der Intelligenz genannt hat, hatte Schwendter da vor. Koch war er bekanntlich auch, ein sehr guter, denn er mischte und verband gerne Überreste und Übrigbleibsel aller Art, nach armer Leute Art tat er das: Alles ist nutzbar. Aus allem, was da ist, was machen. Ja nichts wegwerfen! Niemanden wegwerfen! Keinen Menschen. Alles hat Wert, jeder.

Beispiel 2: Von Befreiungstheologen – die gibt's wirklich noch und wieder und die werden auch, sagt man, zusehends mehr an Zahl und Rang – ist Pierre Bourdieu soeben jüngst auch entdeckt und in Verwendung genommen worden. Und zwar um eine Befreiungstheologie für Europa aufzubauen. Eine europäische Befreiungstheologie! Ein, vor Jahrzehnten zuerst und zuvorderst von Arbeiter- und Armenpriestern ausgesprochenes, Grundprinzip jeglicher Befreiungstheologie lautet ja bekanntlich Sehen, urteilen, handeln! Dieses Sehen, Urteilen, Handeln!, in gewissem Sinne das Gewissen, wird nun jetzt von den Befreiungstheologen mit Bourdieus Elend der Welt und mit Den Feinen Unterschieden in Kombination gebracht, insbesondere mit dem Habitusbegriff. Denn der Habitus – das sind ja eben die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, also just Sehen, Urteilen und Handeln (und zugleich aber deren Beschränktheit, Unfreiheit; das Eingesperrtsein im Körper, im Gehirn, in der Lebenswelt). Ein Grundwerk der Befreiungstheologie in der Dritten Welt stammt bekanntlich von einem Österreicher. Von Adolf Holl. Jesus in schlechter Gesellschaft. Ein anderes Werk Holls, Die linke Hand Gottes. Biographie des Heiligen Geistes, gehört, habe ich mir sagen lassen, zu den Lieblingsbüchern des österreichischen Jungbischofs Glettler. Bruno Kreiskys Lieblingsbuch, nebstbei bemerkt, soll Holls Kinder- und Jugendbuch

Wo Gott wohnt gewesen sein. Wie auch immer, der seiner sakralen Befugnisse enthobene Priester Holl hat vor 20 Jahren eine Mischung aus Burleske, Krimi, Liebes- und Religionsgeschichte verfasst, die sogar im Vatikan Freunde gefunden haben soll, nämlich Falls ich Papst werden sollte. Als der neue Papst Franziskus eingesetzt wurde, ging sogar das Gerücht, Hollywood wolle auf der Stelle Holls Papstbuch verfilmen. In besagtem amüsanten kleinen, kompakten Werk jedenfalls nimmt sich Papst Holl Pierre Bourdieu zum Berater. Der Feinen Unterschiede wegen. Sozusagen weil Religion Geschmackssache ist. Und auch, weil für Bourdieu Gott irgendwie die Gesellschaft ist.

Beispiel 3: Elisabeth List, die Energische, stets Streitbare, die Grazer feministische Philosophin, im ersten erlernten Beruf Volksschullehrerin, seit langem nun mit schwerer Krankheit zu kämpfen habend und den Rollstuhl oft als Freiheit erlebend, als Befreiung vom Krankenlager nämlich, betrachtete Anfang dieses unseres 3. Jahrtausends da hier Bourdieus Einmischungsbuch in die Feminismen dieser Welt – Die männliche Herrschaft – mit beträchtlicher Mentalreservation. Das sei so alles nichts Neues unter der Sonne. Und stimmen tue es so auch nicht wirklich. Das gelte sowohl für Bourdieus Verständnisse von Liebe als auch für seine Resümées der Frauenbewegung. Alles nichts Neues von Bourdieu. Und auch nicht wirklich hilfreich. Die Frauenleben in Bourdieus Elend der Welt freilich interessierten List sehr wohl und weit mehr, also die junge Polizistin dort zum Beispiel oder die kleine Geschäftsfrau im rabiaten Problemviertel oder die entlassene Sekretärin oder die müde Postangestellte oder die pensionierte Sozialarbeiterin im Altersheim, verzweifelte, oder die Psychologievokabeln studierende, sich davon endlich Hilfe erhoffende Schullehrerin oder die junge Migrantin und ihre Mutter oder die abservierte Frauenhausleiterin oder die Putzfrau mit Schulden und schwer krankem Mann – und so weiter und so fort. Die Lebenskonstellationen, Bewältigungsversuche dieser Frauen solle man doch aus Bourdieus Elend der Welt gleichsam herauslösen und mithineinpublizieren in Bourdieus Die Männliche Herrschaft, meinte List dazumal. Letztgenannte Schrift gewänne dadurch beträchtlich an Nutzen und Verständlichkeit. Wäre nicht mehr so umständlich. Und wäre auch realpolitisch weit relevanter. Und einmal dazumal meinte List, dass man vielleicht wirklich, um die Gegenwart und das, was bevorstehe, zu verstehen, Bourdieus Herrschaftsanalysen insgesamt gedanklich flugs Den Masken der Niedertracht assoziieren sollte, also dem weltweiten Best- und inzwi-

schen Longseller der französischen Viktimologin Hirigoyen. Diese vertritt ja die Überzeugung, dass gegenwärtig die Politik, die Unternehmen, die Betriebe, die Familien, die Mafia und unsere Gesellschaft als ganze zunehmend ident funktionieren. Nämlich derart, dass sie Menschen in ihrem Alltag dazu bringen, zu belügen, zu quälen, zu demütigen. Die narzisstisch Perversen, die malignen Narzisse, die im jeweiligen großen oder kleinen System Machthabenden eben, lösen eine Katastrophe aus, die sie dann, sich selber als Retter aufspielend, den erschöpften Opfern anlasten. Und während eben die Peiniger sich selber als Retter aus der Not geltend machen, müssen die Opfer den Peinigern allein schon dafür dankbar sein, dass diese die Tortur endlich beenden. Oder wenigstens zwischendurch unterbrechen. Die Widerstandsfähigkeit eines Menschen ist nun einmal nicht unbegrenzt, sondern erschöpft sich. Und der maligne Narziss andererseits, der perverse Aggressor, der jeweilige große und kleine Machthaber, gibt seinen permanenten Kampf nur dann auf, wenn das Opfer ihm zeigt, dass es sich von nun an nichts mehr gefallen lassen wird. Das sei das Einzige, was hilft, – öffentlich und wahrheitsgemäß und so schnell wie möglich zu sagen, was gerade geschieht; was angetan wird. Den Blick, die Gesten und die Wörter des Peinigers, die das Opfer verinnerlicht hat, muss das Opfer so schnell wie möglich wieder losbekommen. Das sei die erste und wichtigste aller Revolten. – Bei Bourdieu nun findet sich tatsächlich genau dasselbe als Grundwahrheit festgeschrieben, nämlich dass man sich selber ja nie mit den Augen der Herrschenden sehen dürfe. Ja nicht sich selber mit den Augen der Herrschenden sehen! Und ja nicht über dasselbe reden wie die Herrschenden und ja nicht auf dieselbe Weise reden wie diese! Sondern immer gerade das reden, worüber nicht geredet wird; das sagen, was gerade nicht gesagt wird.

Was List bei ihren für sie existenziellen Arbeiten über das Selbstverständliche und über das Lebendige immer interessiert hat, in Besonderheit an Bourdieu, ist der Habitus-Begriff. Dass Habitus so viel bedeutet wie die Hirngrenzen eines jeweiligen Menschen, aus denen er nicht herauskann; seine Denk-, Wahrnehmungs-, Empfindungs-, Gefühls-, Werte-, Bewegungs-, Körper- und Handlungsschemata, in denen er eingesperrt ist. Worden ist. Was List einmal, im Jahr 2000 war das, zirka halb spaßig, halb ernstlich gleichsam in Auftrag gegeben hat, ist eine Art handliches kleines Habitus-Wörterbuch à la Fremdsprachen-Langenscheidt; eine jederzeit greifbare verlässliche Übersetzungshilfe, ein Bestimmungs-

buch, Menschenbestimmungsbuch. In dieser Handreichung, Verständigungshilfe von Mensch zu Mensch, von Menschen-Gruppe zu Menschen-Gruppe solle gleichsam drinnen stehen, was ein Mensch denkt, empfindet und so weiter und aber eben auch das, was er nun einmal nicht kann und aber eben auch das, was er sich wünschen würde. Das einem Menschen Zumutbare also und das ihn Überfordernde solle drinnen stehen. Mit diesem Menschenbestimmungsbuch könnte man ansonsten Schicksalhafter wirkungslos und unschädlich machen. Die sozialen Bestimmungen eben mit all den Folgen, Situationen, Abläufen, Zwängen, Gewalttätigkeiten, erlernter Hilflosigkeit. Besagtes Habituswörterbuch solle aber ja elementar und klein gearbeitet sein, sozusagen für kleine Leute, und z.B. sowohl für Zugewanderte als auch Hiergeborene. Und eben ja ganz konkret gegen die konkreten Missverständnisse, Probleme und Konflikte zwischen den verschiedenen Schichten, Milieus, Klassen gut soll es sein, das Wörterbuch. Interkulturell wie gesagt sowieso. Aber eben innerhalb der eigenen Kultur solle es auch interkulturell sein, weil ja z.B. jede Schicht, jedes Milieu eine eigene Kultur hat und ist. Die Feinen Unterschiede und Das Elend der Welt hat List somit in eine Art kleine Fibel für den Elementarunterricht und als Art österreichisches Wörterbuch, Schulwörterbuch, für den alltäglichen zwischenmenschlichen Gebrauch gezielt umzubauen vorgeschlagen. Anfang unseres Jahrtausends wie gesagt hatte sie das im Sinn. Als Handreichung eben gegen zwischenmenschlichen Schmerz und Stress. Ein Wörterbuch der gegenseitigen Hirngrenzen wie gesagt. Was List da an Bourdieu dazumal wirklich interessierte, an den Feinen Unterschieden genauso wie am Elend der Welt, ist eben das Selbstverständliche, Lebendige, Existenzielle, Lebensweltliche, Übersetzbare. Die Grundforderung des Norbert Elias ist das bekanntlich, nämlich: Wir haben nur eine Aufgabe: Mit Menschen freundlich zu leben. Das Wichtigste, meinte List, sei jetzt eben die Psychologie, Sozialpsychologie, die Psychologie der Solidarität. Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, jede nach ihren Fähigkeiten, jede nach ihren Bedürfnissen. Jede Sozialbewegung, die das nicht vermag, gehe und sei verloren. So einfach sei das: Entweder gemeinsam oder kaputt. Unter Garantie habe Bourdieu das auch so gesehen, sonst wäre er ja blöd gewesen.

Das von List in Auftrag gegebene österreichische Hirngrenzenwörterbuch für den Schul- und Alltagsgebrauch ist meines Wahrnehmens bislang nicht realisiert worden, ebenso wenig Schwendters AlternativdenkerInnenlehrbuch für jed-

weden österreichischen Schultyp. Auch nicht Zilians Studie über den kaputten österreichischen Fußball. Einzig das österreichische Sozialstaatsvolksbegehren wurde realisiert. Jedoch ignorierten die schwarzblaue Regierung und de facto auch die rote Parlamentsopposition repräsentativdemokratisch die mehr als 717.000 Unterschriften aus dem Jahr 2002. Seither hat zuvorderst Werner Vogt, eine Zeitlang auch Wiener Pflegeombudsmann, erster überhaupt in Österreich, sich beharrlich bemüht, dass das Sozialstaatsvolksbegehren schnellstens wiederholt wird. Stephan Schulmeister hat es genauso versucht, gar europaweit, insbesondere unmittelbar in der Weltwirtschaftskrise. Doch wollen, scheint's, z.B. die Gewerkschaften gar nicht, dass der Sozialstaat in die Verfassung kommt. Weder in die österreichische noch in die europäische. Als ob die Roten allerorten andere Sorgen hätten als den Sozialstaat. Die Grünen und die APO detto. Wie auch immer, das kommunikationsfreudige Sozialstaatsvolksbegehren da hier war jedenfalls stets auch gedacht, seit inzwischen groteskerweise fast Jahrzehnten, als rechtzeitiger, gemeinsamer, öffentlicher, präventiver Lern- und Sammelprozess. Gerade auch, damit die Wahlkämpfe endlich anders geführt werden. Nämlich endlich aufs wirklich Lebenswichtige sich zentrierend. Des Juristen Oliver Scheiber jüngster Letzter Aufruf an die Sozialdemokratie hat offensichtlich sehr Ähnliches bis dasselbe im Sinne – und erging daher nicht alleine nur an die SPÖ und Wien. Aus Vogts Berufsbericht, Arztroman, der zugleich eine Sozial-, APO- und Elitengeschichte der 2. Republik ist und eine Historiographie des Sozialstaates da hier, könnte hier und jetzt jedenfalls gelernt werden, was alles hier und jetzt trotz der allgegenwärtigen Ohnmachtsgefühle sehr wohl real möglich ist, nämlich reales Unglück in reales Glück zu drehen. Ins Leben eben, wie bei einer Geburt, wenn die Lage zuerst falsch ist.

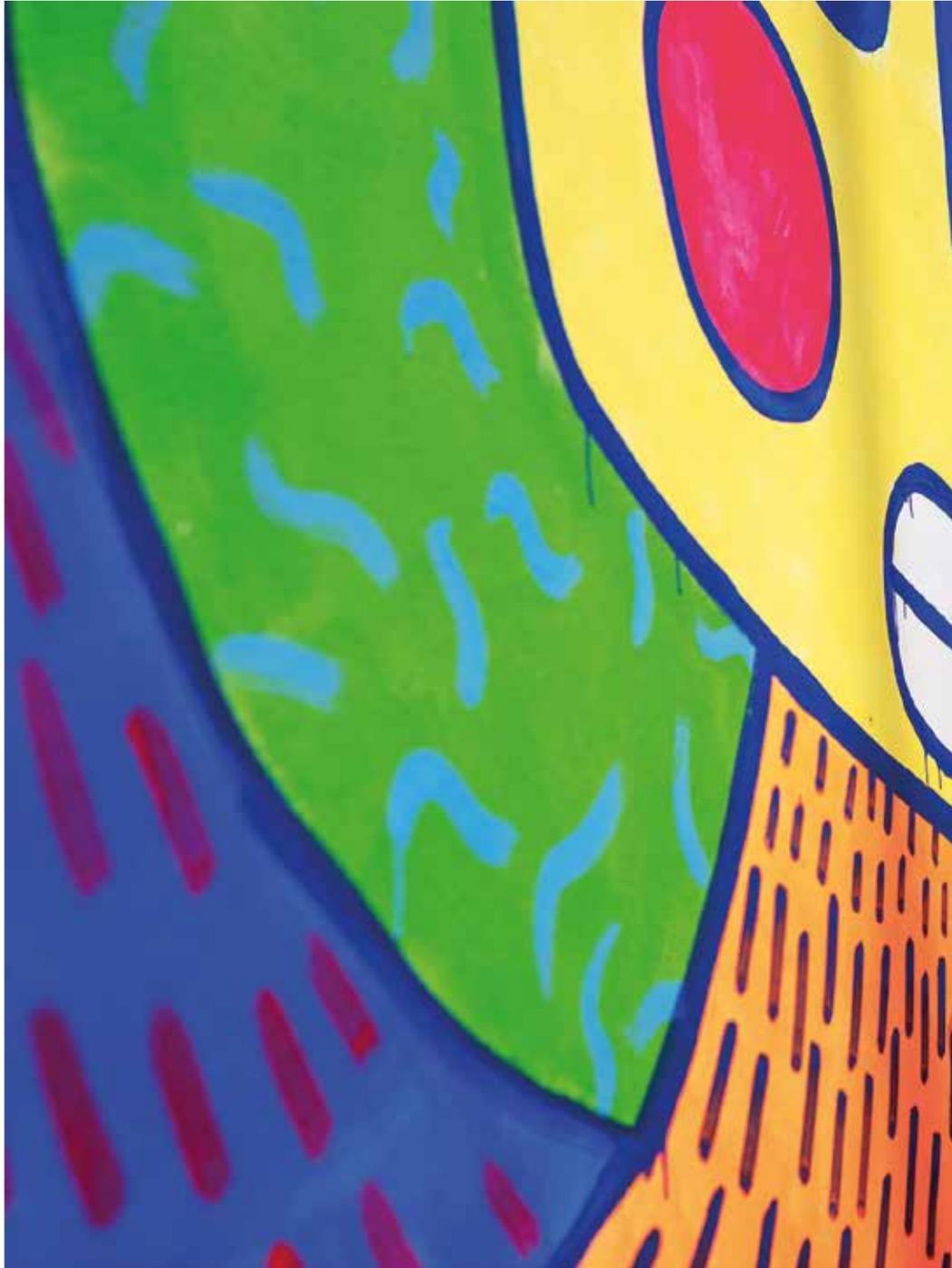
Mit den meisten, sehr verehrte Damen und Herren, der in meinem Referat bislang Genannten habe ich einmal in irgendeiner Form zusammengearbeitet oder Gespräche geführt, welche bereits publiziert sind oder es noch werden. Auswege lautet der Reihetitel. Mein Teil bei diesen vertratschten, aber sehr wohl existenziellen Gesprächen war in heuristischer Absicht bisweilen gleichsam die eines Agent provocateur, nämlich, soweit meiner Wenigkeit möglich, Bourdieusches samt Raisons d'agir bald en passant, bald konfrontativ, immer jedoch in Sympathie miteinzubringen. Die findigen Reaktionen darauf seitens der von mir Genannten habe ich in meinem Referat heute hier bislang wiedergegeben. Fritz Orter z.B. fehlt freilich noch, Kriegsberichterstatter in 14 Kriegen. In diesen hat er die Mörder, Schänder und Quäler immer und

immer wieder dasselbe sagen hören, in etwa nämlich: Wer zu uns gehört, braucht keine Angst zu haben! Den bringen wir nicht um. Wir bringen nur die um, die uns umbringen. Wir machen mit ihnen nur, was sie mit uns machen. Denen ist egal, wenn wir verrecken, deswegen ist es uns egal, dass die verrecken. Mit Verlaub, wenn das nicht der Zweckmechanismus der Distinktion ist, den Bourdieu sozioanalytisch immer beschrieben hat, nämlich der Entscheidungskampf letztlich auf Leben und Tod, die möglichst endgültige Unterwerfung, Vernichtung, Auslöschung des Feindes, was dann ist Distinktion? Was denn dann, sehr verehrte Damen und Herren, mit Verlaub als das? Bourdieu hat bekanntlich mit großer Wucht eine andere Art von politischem Fernsehjournalismus gefordert, der so beschaffen ist, dass er die Fernsehzuschauer nicht apathisch macht, sondern empathisch und handlungsfähig. Fritz Orter hätte tatsächlich just solche Journalistinnen, Journalisten im Sinne, nämlich die rechtzeitig und konsequent recherchieren und berichten, was getan werden kann. Und ein fixes Friedensformat im ORF, ein Friedensprogramm. Und in der Schule da hier ein Fach, das Helfen heißt. Für all das also könnte Bourdieu in Österreich gut sein: Vom Sozialstaat endlich in der Verfassung bis zu den Erfreulichkeiten des Fußballs; vom Helfen als Unterrichtsfach und von endlich einmal wirklich alternativen Schulbüchern bis zum öffentlich rechtlichen Friedensfernsehen; von Christen fernab von Lug und Gewalt bis zur Sozialdemokratie als Sozialstaatspartei, die endlich einen Sozialstaatswahlkampf führt. Ich habe Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, von all dem erzählt, damit weder Sie noch ich eine Ausrede haben. (Ah ja: Sowie Hitler Kanzler war, wurde er von einem hellwachen französischen Journalisten zu Mein Kampf befragt, zu den darin angekündigten Kriegen. Hitler antwortete: Ich habe mich geändert. Er habe das alles in Verzweiflung und Wut von sich gegeben, mitten in den furchtbaren Folgen des schrecklichen Weltkrieges. Jetzt aber eben sei vieles anders und er eben auch. Krieg sei sowieso nie eine Lösung, sondern alle Probleme würden nur noch entsetzlicher. Ich habe mich geändert, hat man bekanntlich aus österreichischem FPÖler-Mund in den letzten Jahren oft gehört da hier. Geglaubt auch sichtlich zunehmend, bis Ibiza und weiter. Bourdieus Elend der Welt, in dem steht, ein quälendes Grundgefühl der Menschen sei die Austauschbarkeit, wird seit bald 30 Jahren beständig als Gegenmittel gegen die Neue Rechte allerorten in Verwendung genommen. Z.B. wegen des berühmten Bourdieu-Grundsatzes Nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen! Worauf man aber hier bei uns da bei all dem Reden seit jeher davon, dass man endlich miteinander reden müsse, um all die

realen Probleme all der rechtswählenden Menschen zu verstehen, oft vergisst, ist, 1. dass z.B. der junge Rechtsextreme im Elend der Welt jemand ist, dem man nicht wirklich glauben kann, was er redet; das steht dort so über ihn; 2. hat der Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer das FPÖ-Seelenleben vor fast Jahrzehnten bereits, damals angesichts Haiders samt Buberlpartie, gewiss treffender kenntlich gemacht als wahrscheinlich je irgendwer sonst öffentlich in Europa. So weit wie beispielsweise Ottomeyer ist Bourdieu niemals gekommen in Österreich. Doch! Nämlich z. B. durch eine von Flecker & Kirschenhofer bewerkstelligte, bahnbrechende Arbeitsweltstudie, Rechtswählerstudie vor über 10 Jahren. Gleichsam flugschriftartig ergangen ans und gegens politische Establishment. Selbstverständlich vergeblich. Aber jetzt gibt es ja zum Glück beispielsweise Sie, sehr verehrte Damen und Herren! 🍷

EGON CHRISTIAN LEITNER

studierte Philosophie und Klassische Philologie, hat sich Essayist und Experte für das Werk von Pierre Bourdieu einen Namen gemacht und ist freier Schriftsteller.



WIEN MUSEUM, TAKEOVER
LYM MORENO
Foto: Rafael Bittermann/SAE Wien
© Wien Museum

WIEN MUSEUM, TAKEOVER

WIEN MUSEUM



Der britische Kurz

Theresa May ist an den Widersprüchen ihrer eigenen Brexit-Politik und ihrer fehlenden Konsequenz, den Weg der Irrationalität zu Ende zu gehen, gescheitert. Die Wahl von Boris Johnson zum neuen Parteichef ist für **Ludwig Dvořák** eine klare Richtungsentscheidung der britischen Konservativen: Im Kampf um das politische Überleben setzen die Tories auf einen rechtspopulistischen Kurs ohne Anstand und Moral. Um Parallelen zu dieser Strategie zu sehen, braucht es keinen Blick über den Atlantik, es genügt ein Blick nach Österreich.

Wer in den Tagen ihres politischen Abgangs Theresa May Tribut zollen wollte, ohne dabei schamlos zu lügen, der äußerte Bewunderung für ihr „Pflichtbewusstsein“. Zwei Jahre lang hantelte sie sich von einem faulen Kompromiss zum nächsten, erduldet die nahezu täglichen Illoyalitäten ihres Kabinetts, unterwarf sich ohne jede Selbstachtung den Launen und Allüren der Brexiteers, um sich tags darauf von eben diesen abwechselnd als Versagerin oder als Verräterin dargestellt zu sehen. Mit ihrer Bereitschaft zur völligen Selbstaufgabe verlängerte sie nach der traumatischen Wahlniederlage im Juni 2017 ihr politisches Überleben um fast zwei Jahre. Umso rasanter besiegelte die konservative Parlamentsfraktion im Mai 2019 ihr politisches Ende.

DAS GESCHEITERTE ABKOMMEN

May befand sich bei den Brexit-Verhandlungen von Anfang an in einer kaum lösbaren Situation: Nach der unerwarteten Niederlage im Juni 2017 verfügten die Konservativen über keine Mehrheit im Unterhaus und die Premierministerin über eine deutlich angeschlagene Autorität. Ein Verbleib Großbritanniens in Binnenmarkt und Zollunion war gegen die Ultra-Brexiteers der Konservativen nicht durchsetzbar, eine Sonderregelung, der einen solchen Verbleib nur für Nordirland vorgesehen hätte, stieß auf den erbitterten Widerstand der nordirischen Unionisten. Um dieses Dilemma zu lösen, bestanden für May nur drei mögliche Strategien: Die Einbindung der oppositionellen Labour Party in die Verhandlungsführung hätte als politischen Preis die Beibehaltung der Zollunion, de facto wohl auch den Verbleib im Binnenmarkt, erfordert. Das hätte unweigerlich zum Bruch der Ultra-Brexiteers mit der Konservativen Partei geführt und kam für May

nicht in Frage. Angesichts fehlender parlamentarischer Mehrheiten hätte Theresa May das Volk neuerlich an die Urnen rufen können, um die politische Blockade aufzulösen. Doch trotz der fortgesetzten Dauerkampagne gegen den angeblich nicht regierungstauglichen Jeremy Corbyn fürchteten die Konservativen dessen erwarteten Wahlsieg viel zu sehr, um dieses Risiko einzugehen.

Angesichts des von Anfang an zu erwartenden Ausbleibens einer im Regierungslager mehrheitsfähigen Verhandlungslösung, wäre der No-Deal-Brexit die letzte verbleibende Option gewesen. Und Theresa May hielt sich diese Option auch lange offen, ja befeuerte bewusst Spekulationen, sie wäre als ultima ratio dazu bereit. „No Deal is better than a bad deal“ schmetterte sie über ein Jahr lang der Labour-Opposition im Unterhaus entgegen und versprach, das Vereinigte Königreich werde auch die Zollunion mit der EU verlassen. Ein Versprechen, das außer den rechten Fanatikern in der eigenen Fraktion kaum jemanden interessierte, diese dafür umso mehr: Deren Fiebertraum ist ein schönfärberisch „Global Britain“ genanntes Projekt. Durch magische Handelsabkommen mit den USA, Japan und Südamerika – jenseits der EU – versprechen sie ein Land, in dem Milch und Honig fließen sollten. Tatsächlich wäre es wohl der Schluss-Abverkauf der von den Tories noch nicht zerstörten Reste der britischen Real-Wirtschaft. Doch so sehr May mit dem Feuer spielte, im letzten Moment weigerte sie sich, selbst den Brand zu legen.

MAYS FEHLENDE KONSEQUENZ

Um die Fanatiker bei der Stange und die Fraktion geeint zu halten, hatte May den Ultra-Brexiteers in unverbindlichen Sitzungen alles versprochen und angesichts der absehbaren

Undurchsetzbarkeit gegenüber der EU gleichzeitig nichts getan, um die Verhandlungen mit der EU in Gang zu bringen. Monatelang feilschte sie im Vorjahr im Kabinett um gleichermaßen undurchführbare Alternativvorschläge als Verhandlungsgrundlage. Bis zuletzt tappte die britische Öffentlichkeit – und wohl auch die Regierung – im Dunkeln, wie sie die miteinander inkompatiblen Versprechen eines Austritts aus der Zollunion, dem Weiterbestehen offener Grenzen zwischen Nordirland und Irland und einer einheitlichen Lösung für Großbritannien und Nordirland miteinander vereinbaren sollten.

Als May im Spätherbst 2018 in letzter Sekunde mit der EU ein Austritts-Abkommen paraphierte, versuchte sie im Grunde, ihr bisheriges Spiel auf Zeit fortzusetzen. Großbritannien sollte Ende März 2019 austreten. Eine Lösung des Unlösbaren sollte einem künftigen Handelsabkommen vorbehalten bleiben. Für den – wahrscheinlichen – Fall, dass während der Übergangsperiode bis Ende 2020 keine Lösung zustande kommen sollte, wurde ein sogenannter „Backstop“ vereinbart: Großbritannien sollte de facto in der Zollunion verbleiben, Nordirland de facto auch im Binnenmarkt. Statt sich entweder die Ultra-Brexiters oder die nordirischen Unionisten ins Boot zu holen, brachte sie beide gegen sich auf. Theresa May hatte anderthalb Jahre jede „staatspolitische Verantwortung“ ignoriert, um ihre Partei zusammenzuhalten. Sie hatte jedes noch so irrwitzige Versprechen an die Brexiteers abgegeben, jede noch so dumme Drohung Richtung Brüssel gebraucht. Am Ende fehlte ihr die Konsequenz, den Weg der Verantwortungslosigkeit zu Ende zu gehen. Angesichts der unkalkulierbaren Risiken eines No-Deal-Brexit für die britische Wirtschaft war sie eine zu altmodische Konservative, um die Warnrufe von Bankern und Wirtschaftskapitänen zugunsten eines rechtspopulistischen Polit-Projekts in den Wind zu schlagen oder diese in ein solches Projekt zu integrieren. Möglicherweise erkannte sie aber auch, dass ihr nach ihrer Wahlniederlage und der monatelangen Querschüsse aus dem Kabinett die Autorität für einen solchen Kraftakt des Irrsinns fehlte. Und so verlegte sie sich im letzten halben Jahre ihrer Regierung darauf, abwechselnd der EU und dem Parlament damit zu drohen, die Luft anzuhalten, bis entweder die EU die von den Fanatikern ihrer Fraktion gewünschten Änderungen des Abkommens abnickten, oder das Parlament ihr Abkommen unverändert annehmen würde. Spätestens mit der EU-Wahl Ende Mai ging May die Luft aus.

Dreimal hatte das Unterhaus die Zustimmung zu ihrem

Abkommen verweigert, ebenso oft hatte sich May in aussichtslose Nachverhandlungen mit der Union zwingen lassen, bevor sie schließlich um eine demütigende Verschiebung des Austrittsdatums – zuerst um ein paar Wochen, dann bis 31.10.2019 – ersuchen musste. Als May im April schließlich doch noch Gespräche mit der Labour Party aufnahm, um einen fraktionsübergreifenden Deal zu paktieren, hatte sie das Heft des Handelns längst verloren. Sie wollte oder konnte keine ernsthaften Zugeständnisse machen, die Labour eine Unterstützung eines verbesserten Deals ermöglicht hätte.

EU-WAHL: MAYS LEBENSVERSICHERUNG WAR ABGELAUFEN

Dass sich May trotz aller Pleiten und Pannen noch so lange an der Spitze halten konnten, lag einerseits an ihrer Beharrlichkeit und Bereitschaft zur Selbstaufgabe, andererseits aber auch daran, dass die konservative Parlamentsfraktion nichts mehr fürchtete, als baldige Neuwahlen. Ein sich abzeichnendes Brexit-Desaster in ein paar Monaten war den Abgeordneten immer noch lieber als ein Wahldesaster in vier Wochen. Das änderte sich schlagartig, als durch die Verschiebung des Austritts die Abhaltung von EU-Wahlen auch im Vereinigten Königreich notwendig wurde. Die Polarisierung rund um die Brexit-Frage setzte der oppositionellen Labour Party schwer zu. Die britischen Konservativen schlitterten auf ihre Selbstauflösung zu. Während die Tories mit rund 9% am fünften Platz landeten, holte die neu gegründete Brexit Party von Nigel Farage über 30%. Hatte die Parlamentsfraktion Theresa May bis dahin widerwillig gewähren lassen, weil ihre Abwahl als das größere Risiko erschien, wurde nun ihr Verbleib zum akuten Überlebensrisiko.

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov brachte die Stimmung in der Konservativen Partei im Juni 2019 gut auf den Punkt. Danach befragt, ob ein Brexit diesen Preis Wert wäre, bejahten das fast zwei Drittel der Befragten für ein Ausscheiden Schottlands oder Nordirlands aus dem Vereinigten Königreich, aber auch für einen schweren Schaden der britischen Volkswirtschaft. 54% der konservativen Parteimitglieder (!) meinten sogar, der Brexit wäre es wert, die „Zerstörung“ (!) der Konservativen Partei in Kauf zu nehmen, nur knapp ein Drittel verneinte diese Frage. Ein einziges Ziel rechtfertigte für die Mehrheit der konservativen Parteimitglieder, auf den Brexit zu verzichten: Jeremy Corbyn als Premierminister zu verhindern.

Dieser Logik ordnete sich nun auch die Parlamentsfraktion unter: Die Umsetzung des Brexit um jeden Preis und die Verhinderung einer sozialistischen Labour-Regierung machten einen Wechsel an der Spitze unumgänglich. Als das EU-Wahldebakel Mitte Mai absehbar wurde, setzten auch bisher loyal Gebliebene May das Messer an – und diese hatte wohl längst akzeptiert, dass jeder Widerstand gegen eine neu aufblühende Rebellion sinnlos wäre. Am Tag nach den EU-Wahlen erklärte sie ihren Rücktritt.

DIE NACHFOLGE-WAHL

Der katastrophale politische Zustand der britischen Konservativen äußerte sich schon im innerparteilichen Rennen um Mays Nachfolge: Insgesamt 12 Tories – fast die Hälfte des Kabinetts (!) – hielten sich für die Parteiführung und das Amt des Regierungschefs befähigt und erklärten ihre Kandidatur. Das innerparteiliche Wahlprozedere der Konservativen sieht eine Reihe von internen Abstimmungen der Parlamentsfraktion vor, bei dem nacheinander die stimmenschwächsten KandidatInnen ausscheiden. Die zwei stimmenstärksten Kandidaten müssen sich schließlich einer Mitgliederabstimmung stellen. Die einzige realistische Möglichkeit, den als unzuverlässig und unberechenbar geltenden Johnson zu verhindern, wäre wohl ein Übereinkommen des übrigen konservativen Parteiestablishments gewesen. Die Stimmen der Ultra-Brexiters hätten keinesfalls gereicht, um ihn auf den Stimmzettel der Mitgliederabstimmung zu bringen. Doch einem solchen Abkommen standen übergroße persönliche Eitelkeiten und mangelnder politischer Wille entgegen. Ein aussichtsreicher Kandidat nach dem anderen schwenkte auf Johnsons Linie ein und weigerte sich, einen No-Deal-Brexit auszuschließen. Ende Juni erklärte sogar Sozialministerin Amber Rudd, die als Symbolfigur der gemäßigten Konservativen gilt, einen „No-Deal-Brexit“ als „letzte Konsequenz“ zu akzeptieren. Lange bevor die konservativen Mitglieder zur Stimmabgabe schritten, hatte sich das grundsätzlich Johnson-skeptische Parteiestablishment bereits mit dessen Machtübernahme arrangiert.

EIN RECHTSPOPULISTISCHER KURS ALS RETTUNG AUS DER NOT

Es ist ein Akt der Panik der bisherigen Parteiführung, der Johnson an die Spitze der Tories und der britischen Regierung befördert hat. Angesichts der unmittelbar drohenden Katastrophe überantwortet sie einem schwer berechenbaren Hasardeur, der trotz seiner festen Verankerung in der briti-

schen Oberklasse lange als politischer Außenseiter galt, die Führung von Land und Partei. Sie nimmt den Bruch mit der Tradition als „vernünftig erscheinende“ Regierungspartei in Kauf und überlässt es ihm und seinem engsten Stab, den Konservativen eine neue Ausrichtung zu geben.

Johnson hat seine wichtigsten Vorstellungen klar umrissen: Ein EU-Austritt um jeden Preis am 31.10., Steuersenkungen für Reiche und eine Rücknahme der Stellenkürzungen bei der britischen Polizei. Mit islamfeindlichen Sprüchen heizt er seit Jahren das gesellschaftliche Klima an und garniert dies nun mit Signalen an Abtreibungsgegner und homophobe politische Gruppen. Die Konservativen schwenken damit endgültig auf einen offen rechtspopulistischen Kurs ein, der sich bereits mit dem Austritts-Referendum angedeutet hat. Die Pro-Leave-Kampagne, die maßgeblich auch von Boris Johnson und seinem später untreu gewordenen Paladin Michael Gove geführt worden war, hatte eine offensiv ausländerfeindliche Stoßrichtung, die Ausdruck einer gezielten Kommunikationsstrategie war.

„MAG ES AUCH WAHNSINN SEIN, SO HAT ES DOCH METHODE“

Der neue Premierminister hat angekündigt, mit der EU neuerlich Verhandlungen aufnehmen zu wollen. Einen Deal könne es aber nur ohne einen „Backstop“ geben. Dabei ist wohl auch ihm und seinem Team klar, dass eine solche Notfallklausel nur entfallen könnte, wenn neben dem Austritt auch die künftigen Wirtschaftsbeziehungen abschließend geregelt würden und dafür fehlt schlicht und ergreifend die Zeit. Würde die EU – und insbesondere die Republik Irland – auf diesen „Backstop“ verzichten, so würde dies letztlich nur auf die Gefahr eines zeitlich verzögerten No-Deal-Brexit hinauslaufen. Denn bliebe eine Einigung bei den künftigen Wirtschaftsbeziehungen aus, würde das Vereinigte Königreich – und mit ihm Nordirland – einfach später aus dem gemeinsamen Markt crashen. Johnson selbst hat im Vorjahr den Vorschlag ins Spiel gebracht, die Übergangsperiode – in der Großbritannien zwar nicht mehr Mitglied ist, aber alle bestehenden EU-Regeln in Kraft bleiben – zu verlängern. Doch auch diese Variante macht einen „Backstop“ nicht obsolet, sie verringert bestenfalls die Gefahr, dass er wirksam wird, wenn die Zeit für die Aushandlung des Wirtschaftsabkommens zu knapp wird.

Was wären aber die Folgen eines No-Deal-Brexit? Alle se-

riösen britischen Wirtschaftsinstitute gehen davon aus, dass ein Austritt ohne Abkommen die Wirtschaftsentwicklung noch wesentlich stärker schädigen würde, als es der Austritt ohnehin zu tun droht. Daneben drohen aber auch neue politische Konflikte. Der mit der Errichtung von Zollgrenzen verbundene Bruch des Karfreitag-Abkommens, mit dem der Nordirland-Konflikt beigelegt wurde, würde zu einem Wiedererstarren der Forderung nach einer Vereinigung Nordirlands mit Irland führen und den Konflikt zwischen Republikanern und nordirischen Unionisten neu befeuern. In Schottland wartet die regierende Scottish National Party (SNP) nur auf eine Gelegenheit, ihre politische Dominanz durch eine Zuspitzung des Unabhängigkeitskonflikts mit einer konservativen Regierung in London abzusichern. Sie wird alles daransetzen, ein zweites Unabhängigkeits-Referendum in Schottland abzuhalten.

Dass Johnson mit seiner Ankündigung, am 31.10. notfalls auch ohne Deal austreten zu wollen, offenbar bereit ist, einen beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Schaden für das Vereinigte Königreich in Kauf zu nehmen, weckt bei vielen BeobachterInnen Assoziationen mit dem rüpelhaften Auftreten von US-Präsident Trump. Tatsächlich hat aber, wie auch bei dem von ihm bewunderten US-Präsidenten, durchaus Methode, was als Wahnsinn erscheinen mag.

Der wirtschaftliche Schaden eines No-Deal-Brexit wiegt wenig im Verhältnis zum politischen Nutzen, den die Tories aus dem Vollzug des Brexit ziehen können bzw. den Schaden, der ihnen droht, wenn ihren Anti-Brüssel-Tiraden nicht endlich Taten folgen. Angesichts der tiefen gesellschaftlichen Dauerkrise Großbritanniens und den seit Jahren auch für die breite Mittelschicht spürbaren Folgen der sozialen Devastierung des Landes, brauchen die Konservativen dringend ein politisches Thema, das es ihnen erspart über die Folgen dieser Politik zu sprechen: Hunderttausende Kinder, die durch Lebensmittelspenden ernährt werden, die tiefe Krise des Gesundheitssystems und die zerfallende Infrastruktur, besonders im Norden Englands. Was die Mittelmeer-Route für Sebastian Kurz war, sind Brüssel und der Brexit für Boris Johnson: Eine einmalige Chance von den sozialen Bruchlinien abzulenken und Identitätskonflikte – englische Arbeiter gegen polnische Gastarbeiter, einfache Menschen aus ländlichen Kleinstädten gegen die Eliten der großen Metropolen etc. – ins Zentrum zu rücken. Denn allen Herabwürdigungen und innerparteilichen Anfeindungen zum Trotz fürchten die Tories – zu Recht – nichts so sehr als die von Labour unter Corbyn

forcierte Zuspitzung des politischen Diskurses als eine Auseinandersetzung zwischen den Vielen und einer von den Tories vertretenen, von einer vom Establishment der Reichen und Mächtigen bestimmten, Politik der Wenigen. Politische Konflikte mit schottischen und irischen Nationalisten passen dabei durchaus ins zynische Konzept. Sie ermöglichen nicht nur, mit Kompromisslosigkeit „Härte“ und scheinbare „Führungsqualitäten“ zu demonstrieren. Sie sind auch – zuletzt 2015 – fixer Bestandteil konservativer Schmutzkübelkampagnen gegen Labour, die als schwächliche Verräter genuin „englischer Interessen“ an die unverschämten Schotten denunziert werden.

Johnsons Strategie ist daher ebenso einfach, wie gewagt: Er riskiert ein wirtschaftliches und politisches No-Deal-Fiasco, weil er darauf setzt, unter dem Brexit-Banner eine ausreichend große Minorität der WählerInnen zu mobilisieren, die ihm im Rahmen des britischen Mehrheitswahlrechts eine klare Mehrheit im Unterhaus verschafft. Er hat dabei v.a. die Wahlkreise Nordenglands mit deutlichen Leave-Mehrheiten im Visier, in denen schon 2017 nur aufgrund der überraschend starken Basismobilisierung Corbyns Labour seine Sitze in den traditionellen Hochburgen halten konnte.

THATCHER RELOADED?

Boris Johnson ist daher trotz seines bisweilen clownesken Auftretens ebenso eine ernstzunehmende Gefahr wie sein Vorbild Trump. „Eine neue Regierung ohne ‚Wenns und Abers‘“ und die von seinen Herolden versprochene „neue Klarheit“ könnten tatsächlich die beste Chance der Tories sein, sich an der Macht festzukrallen.

Die Übernahme einer staatstragenden Partei durch eine kleine Clique politischer Extremisten weckt dabei ebenso Erinnerungen an den parteiinternen Sieg Margret Thatchers und der neoliberalen Monetaristen 1975, wie die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Destabilisierung des Landes zur Durchsetzung einer politischen Agenda. Hatte Thatcher einst künstlich die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben und die britische Industrie ruiniert, um die Macht der Gewerkschaften leichter brechen zu können, scheint der „No-Deal-Brexit“ das einzige politische Projekt zu sein, um die nun vor dem Zerfall stehende Konservative Partei nochmal zusammenzuhalten und eine Labour-Regierung zu verhindern.

Die Auswahl seines Kabinetts strahlt wohl bewusst genau diese Kompromisslosigkeit aus, die Thatcher den Ruf der „eisernen Lady“ eingebracht hat. Als Schatzkanzler hat er mit Sajid Javid einen Ex-Banker und marktliberalen Hardliner, als Innenministerin die konservative Rechtsauslegerin Priti Patel, als Außenminister den Ultra-Brexitler Dominic Raab besetzt. Johnson hält sich keine Sekunde damit auf, innerparteiliche Gegner einzubinden. Sein politisches Projekt setzt vielmehr bewusst auf Polarisierung.

DIE EINBINDUNG DER TRADITIONELLEN ELITEN

Ein gewisses Kopfzerbrechen könnte Johnson bei seiner Strategie die Skepsis maßgeblicher Wirtschafts- und Agrarverbände gegen einen No-Deal-Brexit bereiten. Doch diese Skepsis ist für ihn durchaus positiv nutzbar. Zum einen kann sie helfen, den Charakter seiner Regierung als konzernfreundlichste seit den Thatcher-Jahren zu verschleiern. Zum anderen bietet ihnen Johnson Kompensationen an: Mit einer neuen Welle an Steuersenkungen für Unternehmen und Superreiche und seiner Ankündigung verstärkter Investitionen ist absehbar, dass eine Erhöhung der Staatsausgaben weniger die Verbesserung der sozialen Situation, als die Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten für private Auftraggeber im Auge hat. Sein größtes Versprechen ist aber sicherlich eines, das May zu halten keinesfalls mehr im Stande war: Eine Übernahme der Regierungsmacht durch die Labour Party und Jeremy Corbyn doch noch zu verhindern. Um diese Chance zu wahren, werden viele wichtige Wirtschaftskapitäne ihre No-Deal-Skepsis hintanstellen. Hinzu kommt, dass ein Gutteil der britischen Oberklasse dem Brexit durchaus positiv gegenübersteht. Anders als bei Theresa May, deren Biegsamkeit berechtigte Zweifel an ihrem Durchsetzungsvermögen weckte, ist gerade Johnsons aggressives Gehabe auch ein Versprechen an die Wirtschaft mit einer „starken Führung“ ihre Interessen wieder wirkungsvoll durchsetzen zu können. Zuletzt hatten die Konservativen unter dem Druck der offensiven Labour-Opposition und der unsicheren Mehrheitsverhältnisse alle relevanten innenpolitischen Projekte, wie z.B. die Deckelung von Sozialleistungen durch die flächendeckende Einführung des „Universal Credits“, de facto auf Eis legen müssen. Ein „No Deal“ und der damit verbundene Schaden könnte in der Hoffnung auf entschlosseneres Handeln bei Sozialabbau und Steuergeschenken als akzeptabler Preis erscheinen.

DIE ROLLE DES PARLAMENTS

Johnsons kompromissloses Verhalten könnte aber früher als erwartet auch zu vorgezogenen Neuwahlen führen. Denn das britische Unterhaus hat vor der Sommerpause nochmals bekräftigt, dass es einen No-Deal-Brexit ablehnt. Es hat auch den von Johnson in den Raum gestellten Überlegungen, durch eine vorzeitige Beendigung der laufenden Parlamentssession ein für eine legislative No-Deal-Blockade zeitgerechtes Zusammentreten des Unterhauses zu unterbinden, de facto einen Riegel vorgeschoben. Doch um einen No-Deal zu verhindern, bleibt dem Parlament wohl nur die Option, Boris Johnson das Misstrauen auszusprechen. Dann bleiben zwei Wochen Zeit, um eine Regierung zu bilden, die einen neuerlichen Aufschub des Austrittsdatums – wohl verbunden mit einem zweiten Referendum oder einer Neuwahl – erbitten müsste. Schlägt ein solcher Versuch fehl, müssten Neuwahlen angesetzt werden. Es ist völlig offen, ob genügend Tories tatsächlich bereit sind, die eigene Regierung zu stürzen, um einen No-Deal-Brexit zu verhindern. Unabhängig davon sind für Boris Johnson Neuwahlen aber so und anders wohl unumgänglich, um sein Kalkül eines „starken Führers“ nicht an Abstimmungsniederlagen am laufenden Band, wie sie May zuletzt erlebt hat, zerschellen zu lassen. Fraglich erscheint wohl nur, ob er sie vor dem 31.10. ansetzt und zu einer Art zweitem Brexit-Referendum macht, oder ob er sie als „Held“ des Brexits nach dem Austritt ansetzen soll.

EIN VABANQUE-SPIEL MIT OFFENEM AUSGANG

Johnsons Strategie ist in jeder Hinsicht verantwortungslos und streift jeden Rest an politischem Anstand ab. Machtpolitisch ist es aber keinesfalls so unvernünftig, wie es sein teilweise skurril wirkendes Auftreten oder die Bilder wütender Gegenkundgebungen bei Besuchen in Glasgow oder Belfast nahelegen würden. Die neuerliche Zuspitzung der Brexit-Frage ist vielmehr die letzte Trumpfkarte einer politisch und moralisch bankrotten Partei, die sich in den Rechtspopulismus flüchtet, weil die früheren Eckpfeiler ihres politischen Erfolgs unter dem Druck der von ihr selbst geschaffenen sozialen Lage und einer diese Politik deutlich kontrastierenden Labour Party zerbröseln.

Doch der vorschnelle Triumphalismus seines engsten Kreises ist ebenso verfehlt wie die Annahme, Johnson werde sich selbst demontieren. Zum einen ist fraglich, ob er tatsächlich im gewünschten Ausmaß nordenglische AnhängerInnen der Brexit Party dazu bringen wird, für die Konservativen zu stimmen, die diese Region seit Jahrzehnten devastieren. Zu-

dem liegt die tatsächliche Ambivalenz von Johnsons Polarisierungs-Strategie weniger im drohenden Verlust der „Mitte“, als in der Begünstigung einer linken Gegenmobilisierung, für die Johnson und seine rechte Kamarilla eine geeignete Projektionsfläche bietet. Für die oppositionelle Labour Party besteht dabei die Herausforderung darin, das Anti-Brexit-Lager zu einen, ohne in Johnsons Brexit-Identitäts-Falle zu tappen. Anders als Johnson, der auf eine reine Brexit-Mobilisierung setzt, muss Labour eine in der Brexit-Frage gesplante WählerInnenkoalition aus den Großstädten und den nordenglischen Kleinstädten aufrechterhalten. Die sich daraus ergebenden Probleme und strategischen Alternativen sind Themen eines eigenen Beitrags in ZUKUNFT 07/2019.

Auch wenn Boris Johnsons Strategie für ihn erfolgreich ausgehen könnte, kann die neu geschaffene Dynamik auch sehr schnell sein politisches Ende herbeiführen. Die nächsten Monate der britischen und europäischen Politik werden von einem Vabanque-Spiel ohne Beispiel geprägt. Der Hasardeur in Downing Street No. 10 setzt alles auf eine Karte. Ein No-Deal-Brexit ist so wahrscheinlich wie nie zuvor. 

-
1. <https://www.express.co.uk/news/politics/951011/PMQs-live-Theresa-may-jeremy-corbyn-windrush-brexit-news>
 2. <https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2019/06/18/most-conservative-members-would-see-party-destroye>
 3. <https://www.express.co.uk/news/uk/1153232/brexit-news-latest-amber-rudd-bbc-andrew-marr-show-today-no-deal-odds-guests-live-2019>



WIEN MUSEUM, TAKEOVER

TAGS

Foto: Christoph Schießmann

© Wien Museum

Wie kommt der Wert in die Welt?

Thomas Nowotny bespricht das im Vorjahr übersetzte Werk der Ökonomin Mariana Mazzucato.

Kapitalismus hat viele Gesichter und Ausformungen. Er kommt etwa in Form eines chinesischen Staatskapitalismus; oder eines patriarchalischen „rheinischen Kapitalismus“. Es gibt den skandinavischen Wohlfahrts-Kapitalismus und den sozialpartnerschaftlich eingefärbten Kapitalismus, so wie er in Österreich recht gut funktioniert hat. Der Kapitalismus existiert auch in der Fassung des nun in Russland oder Ungarn geschaffenen oligarchischen Kapitalismus. Schließlich aber gibt es eine vordringlich von der Finanz bestimmte kapitalistische Ordnung. Letztere ist ab etwa der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts die in der „westlichen Welt“ vorherrschende geworden. Besonders nachdrücklich und gründlich hat sich diese Form des Finanzkapitalismus in den Vereinigten Staaten und Großbritannien durchgesetzt.

Hat diese extreme Form des **Finanzkapitalismus** Anteil an der sowohl in den USA wie auch in Großbritannien besonders raschen De – Industrialisierung? Hat er mitgewirkt an der in diesen beiden Staaten ungewöhnlich hohen und ungewöhnlich rasch steigenden Ungleichheit der Einkommen? Gibt es da möglicher Weise sogar eine Wechselwirkung mit den politischen Verfallserscheinungen in diesen beiden ältesten und lange vorbildhaften Demokratien?

Das ist nicht unwahrscheinlich und diese Vermutung verstärkt den Verdacht, dass der Finanzkapitalismus Gesellschaft und Wirtschaft schädigt. In ihrem Buch betätigt Mariana Mazzucato diesen Verdacht mit der Auflistung von einleuchtenden Beispielen. Sie zeigt, in welchem hohem Ausmaß es möglich geworden ist, in der Wirtschaft Werte bloß „abzuschöpfen“ statt neue Werte zu schaffen. Dazu lüftet sie den Schleier, mit dem Ideologie und die heutige Wirtschaftstheorie diese Tatsache verhüllen. Die Frage, die von der gängigen Wirtschaftstheorie nämlich verschleiert wird, ist die nach dem

Wesen von Wert; die Frage also, wer in der Wirtschaft Wert schafft, wer Werte lediglich transferiert; und wer sie schließlich sogar vernichtet.

Für die frühesten Wirtschaftstheoretiker, für die Physiokraten, für die Merkantilisten, für Adam Smith und Karl Marx war das ein wichtiges, ja zentrales Thema. In der Sicht der Physiokraten, zum Beispiel, war ausschließlich die landwirtschaftliche Produktion wertschöpfend. Adam Smith sah die Wertschöpfung an moralische Kriterien gebunden. Karl Marx war überzeugt, dass Werte einzig und alleine durch Arbeit geschaffen werden.

Die bis heute das wirtschaftliche Denken bestimmende Grenznutzen-Theorie setzt solchen Überlegungen ein Ende und erklärt sie für unbeachtlich. Der Wert einer Ware oder Dienstleistung entspräche deren Preis. Die Frage nach einem hinter dem Preis stehenden Wert wird damit unerheblich. Solange eine Ware oder Dienstleistung auf einem „Markt“ gehandelt wird, ergäben sich Preis und damit Wert aus dem einem Käufer aus dem Erwerb einer Ware oder Dienstleistung erfließenden „Grenznutzen“. Die Argumentation führt im Kreis. Sie ist eine klassische „Tautologie“. Ein Preis wäre gerechtfertigt und damit „werthaltig“, weil er durch den Markt gebildet wurde. Der Markt andererseits wäre demnach deshalb unerlässlich, weil er gerechte und werthaltige Preise bildet.

Diese Theorie bestimmt dennoch die öffentliche Sicht der Dinge und den wirtschaftspolitischen Diskurs. Darstellen lässt sich das an Hand der vielen Beispiele, wie sie in ihrem Buch von Mariana Mazzucato vorgestellt werden:

Ein Pensionsfonds, oder ein Spekulant erwirbt Aktien um den Preis von 100 Euro pro Stück, um sie dann, ein Jahr spä-

ter, um 200 Euro pro Aktie zu verkaufen. Die rasche Kurssteigerung war durch Aktienrückkäufe bedingt, so wie sie mit dem Ziel der Bereicherung von Aktienbesitzern zunehmend üblich geworden sind. Der Spekulant oder der Pensionsfonds hätte damit zu einer hundertprozentigen Wertsteigerung einer Sache beigetragen. Der ihm daraus entstandene Gewinn wäre nun – im Sinne der Grenznutzentheorie – das gerechte Entgelt für eine Dienstleistung und damit keineswegs eine die Wirtschaft schädigende „Rente“. Es wäre das kein bloßes „Abzocken“ von anderswo geschaffenen Werten.

Echte Werte werden hingegen und in Wirklichkeit nur in der „realen Wirtschaft“ geschaffen. Es fließen aber nur 15 Prozent der von der Finanzwirtschaft bereit gestellten Mittel in diese „reale Wirtschaft“. Der Rest geht in die Finanzwirtschaft. Diese verdient ihr Geld also nicht durch Dienstleistungen für die „reale Wirtschaft“; sondern dadurch, dass sie sich selbst bedient.

Damit ist die Finanzwirtschaft die wichtigste, aber nicht die einzige Quelle von wertvernichtendem, abschöpfendem „Renteneinkommen“. Denn das moderne „postindustrielle“ Wirtschaften schafft nämlich de facto Monopole, die durch ihre Machtposition ebenfalls „Renteneinkommen“ ermöglichen. Das gilt zum Beispiel für „Plattform – Firmen“ wie „Facebook“ und „Google“. Deren Einkünfte steigen mit der Zahl ihrer Kunden. Der Nutzen für den Kunden steigt, wiederum mit der Zahl der anderen Kunden, die diese Firmen an sich binden. Die Weitung des Kundenkreises und damit der Gewinnmöglichkeiten von Firmen wie „Facebook“ und „Google“ verursacht diesen kaum zusätzliche Kosten. Jene Firma, die da als Erste am Start ist, wird automatisch zu einem Monopol. An deren Bändigung und Kontrolle versagen die herkömmlichen staatlichen Eingriffe zur Sprengung oder Eindämmung von Monopolen. „Google“ lässt sich nicht mehr in mehrere Einzelunternehmen zerlegen.

Schwer beizukommen ist auch riesigen Pharmaunternehmen, die Medikamente zu weit überhöhten Preisen deshalb anbieten können, weil sie sich durch Patente gegen Konkurrenz oder staatliche Regulierung geschützt haben.

Nicht zuletzt wegen der von ihnen betriebenen Propaganda überschätzt man leicht den real – wirtschaftlichen Beitrag der Finanzwirtschaft, der IT – Plattformen wie „Facebook“ oder „Google“, bzw. den wirtschaftlichen Beitrag von großen Pharmakonzernen. Wie Mazzucato eindringlich dar-

stellt, unterschätzt man aber gleichzeitig den realwirtschaftlichen Beitrag des Staates.

Steigender Wohlstand ergibt sich nämlich aus wachsender Produktivität. Befördert wird die Steigerung der Produktivität weit weniger durch die Hereinnahme von bloßem Geldkapital, als vielmehr durch den technologischen und allgemeinen gesellschaftlichen Wandel. An Beidem ist der Staat maßgeblich beteiligt – etwa durch sein Schulsystem; durch einen Anstoß und die Förderung von Forschung, oder durch die Bereitstellung und Modernisierung von Infrastruktur.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird viel von diesen Beiträgen ausgeblendet oder unterschätzt. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeichnet den Staat lediglich als einen „Umverteiler“ und nicht als einen Schöpfer von realen Werten. Dieser Irrmeinung findet Ausdruck im Schlagwort von „Weniger Staat und mehr Privat“. Die auf diese Ansicht gestützte Politik hat großen Schaden verursacht. Das geschah durch die Einschränkung wesentlicher, der Wirtschaft förderlichen staatlichen Leistungen. Das ergab sich aber auch daraus, dass durch den Staat in neuem Hang hin zu „mehr Privat“ den Weg hin zu wirtschaftsschädlichen Renteneinkommen geebnet und etwa Versorgungsunternehmen privatisiert wurden. Staatliche Versorgungsunternehmen müssen keinen Gewinn erwirtschaften. Das müssen sie aber zum Wohle der Neuen Besitzer dann, wenn diese Unternehmen privatisiert wurden. Sehr oft mussten anlässlich von Privatisierungen den neuen Eigentümern solche Renteneinkommen sogar garantiert werden (etwa in Form einer Garantie für eine Gewinnmarge weit über dem für Anleihen üblichen Zinssatz). Während der Staat durch solche Konstruktionen Einigen ein wirtschaftlich unberechtigtes Einkommen schafft und Gewinne sozusagen „privatisiert“, werden auf der anderen Seite Verluste der Privatwirtschaft oft auf den Staat abgewälzt und damit „sozialisiert“. Die Rettung der durch die Weltfinanzkrise in Not geratenen Banken hat so, zum Beispiel, staatliche Aufwendungen in der Höhe von 2,5 Prozent des Nationalproduktes notwendig gemacht. Die Steuerzahler hatten dafür bereit zu stehen, nicht aber jene Bankiers, welche den Schaden verursacht hatten.

Mazzucato will den Kapitalismus keineswegs abschaffen. Sie will ihn vielmehr vor Fehlentwicklungen und vor allem vor der Zerstörung durch bloße Abzocker schützen. Sie will die Wirtschaft in einer neuen, pragmatischen, von gegenseitigem Verständnis geprägten Beziehung zwischen Staat und

Unternehmen abstützen; in einer Beziehung, in der jeder der beiden Seiten ihre jeweilige Stärken voll zum Tragen bringen kann.

Auf dem Klappentext der letzten englischsprachigen Ausgabe preist Ex-Parteivorsitzender Christian Kern die Autorin des Buches als: one of the most outstanding economists of our generation“.



MARIANA MAZZUCATO
WIE KOMMT DER WERT IN DIE WELT?

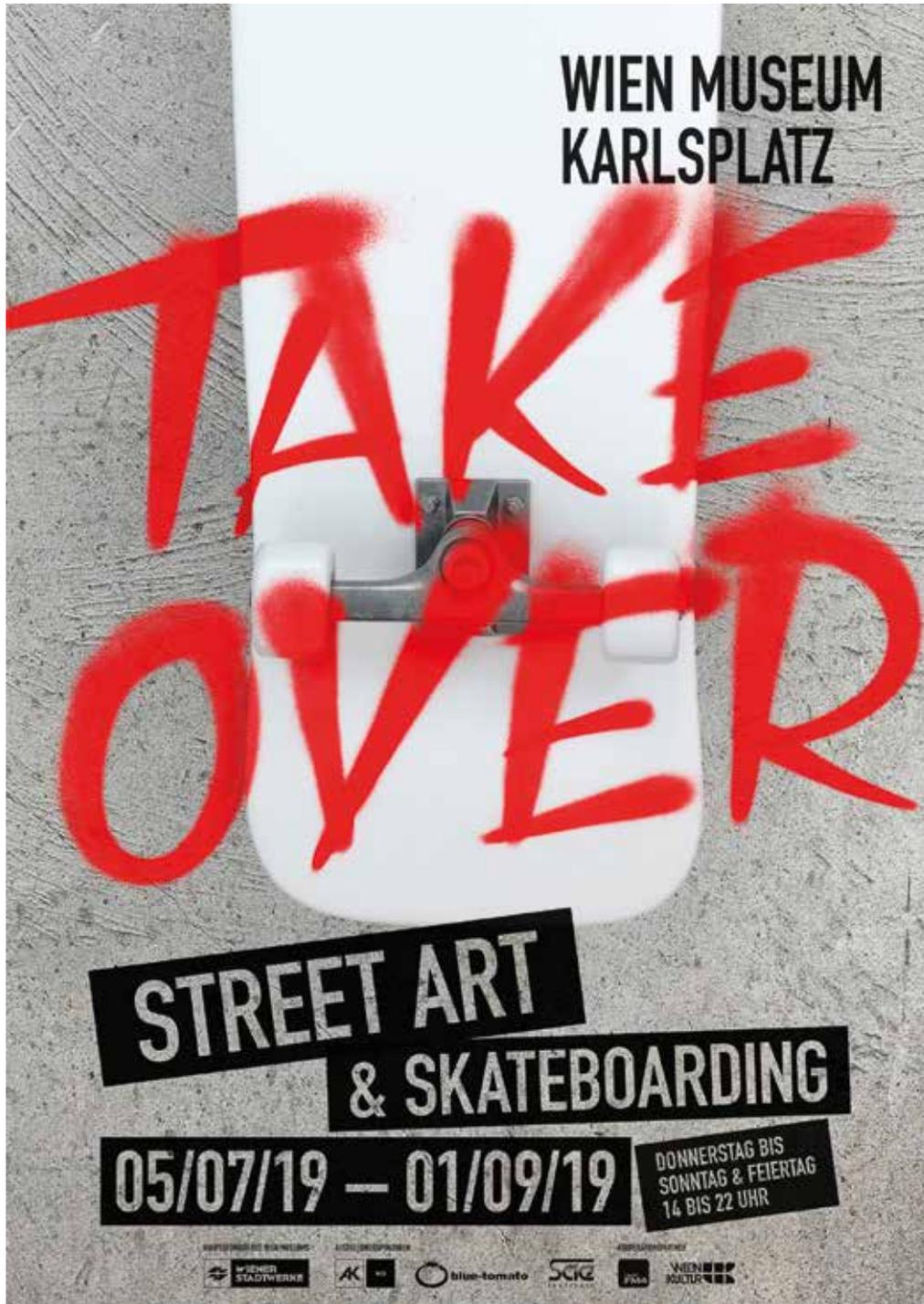
Campus Verlag, Frankfurt a.M., 407 Seiten
ISBN 978-3-593-50998

THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970-1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983-1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der oecd in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im „Ruhestand“ lehrt er „Internationale Beziehungen“ an der Universität Wien.

WIEN MUSEUM, TAKEOVER

WIEN MUSEUM

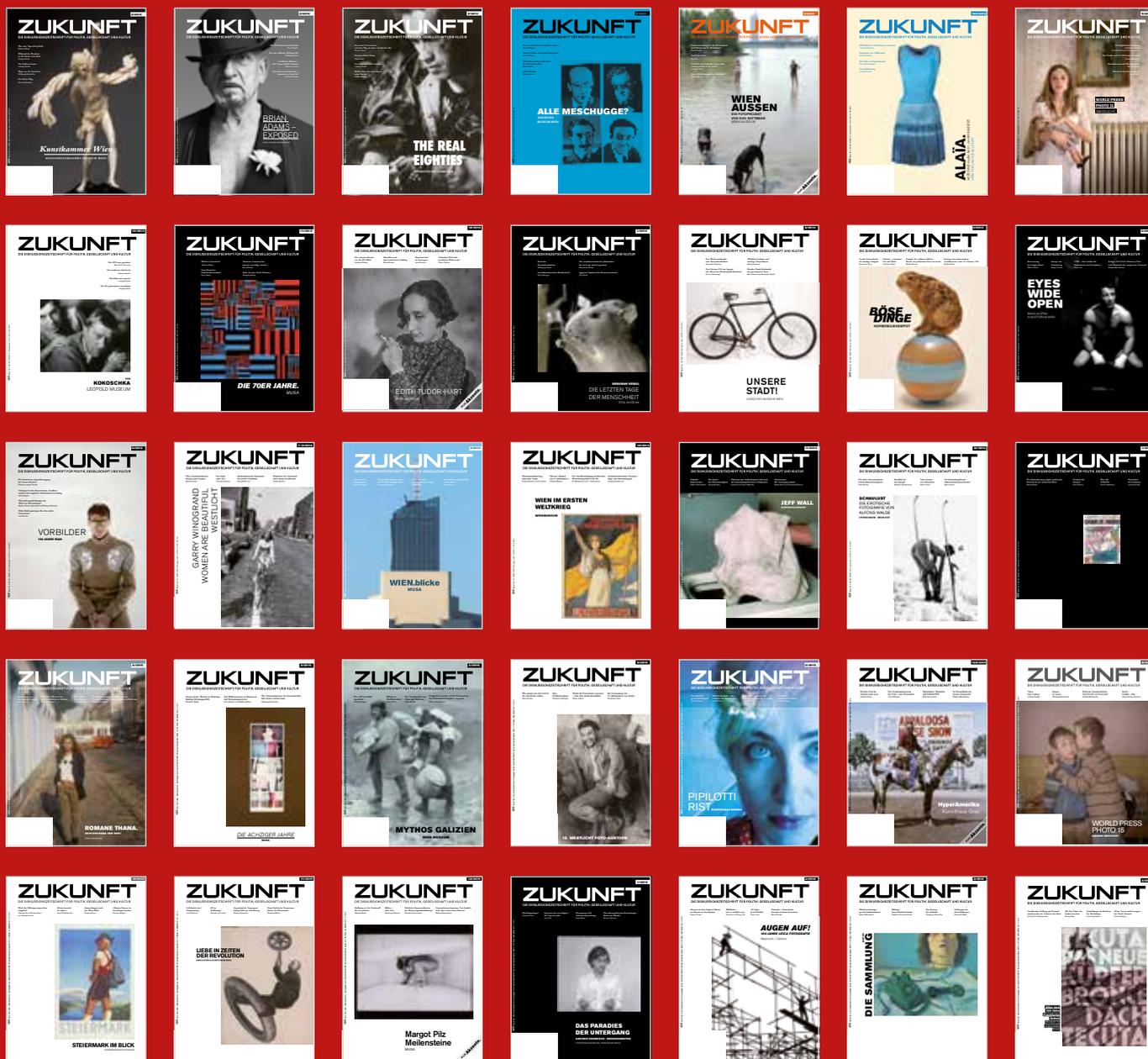


WIEN MUSEUM, TAKEOVER

PLAKAT

Grafik: HFA Studio

© Wien Museum



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____